

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

> Jahresbericht 2024/2025

Neue Regierung,
neue Fachgruppen,
neue Mitarbeitende
– und ein gemeinsamer Anspruch,
Weiterbildung wirksam mitzugestalten.

Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e. V. ist die führende Interessenvertretung für Anbieter beruflicher Bildung in Deutschland. Mit über 175 Mitgliedsunternehmen und zehntausenden Beschäftigten setzen wir uns in Bildung, Wirtschaft und Sozialpolitik für die Belange unserer Mitglieder ein. Als Sprachrohr zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit fördern wir den Dialog und vertreten aktiv die Interessen unserer Mitglieder. Durch Fachgruppentreffen, Webinare und Foren fördern wir den Dialog über politische Entwicklungen und Branchentrends.

Unser Ziel ist es, die Qualität der beruflichen Weiterbildung stetig zu verbessern und deren Anerkennung im Bildungssystem zu stärken. Mit unserem Engagement für höchste Standards stellen wir sicher, dass berufliche Weiterbildung sowohl den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch zukunftsweisenden Entwicklungen gerecht wird. Als tariffähiger Arbeitgeberverband verhandelt unsere Zweckgemeinschaft über tarifliche Rahmenbedingungen.

Gemeinsam gestalten wir die Zukunft der Weiterbildung und schaffen ein starkes Netzwerk, das unseren Mitgliedern eine aktive Rolle in der Weiterbildungslandschaft ermöglicht.



Liebe Kollegen*Kolleginnen,

wir haben nach den Turbulenzen der Ampel-Spätphase einen Regierungswechsel mit fundamentalen Änderungen erlebt. Die neue Koalition hat die permanent propagierte Schuldenbremse quasi mit einem Schlag außer Kraft gesetzt. Die Verteidigungspolitik hat fiskalisch mittlerweile höchste Priorität. Deutschland muss aufrüsten, um verteidigungsfähig zu werden. Die Bedrohung von außen ist nicht mehr nur Utopie. Der langjährige Frieden ist in Gefahr, sofern man nicht aktiv im Kontext einer europapolitischen Gesamtstrategie gegensteuert. Deutschland muss in die jahrelang vernachlässigte Infrastruktur investieren. Erhebliche Anstrengungen sind notwendig, um im globalen Wettbewerb wettbewerbsfähig zu bleiben.

Deutschland hat zwar durch die mit Schulden finanzierten Sonderinvestitionen wirtschaftliche Anreize geschaffen, jedoch wirken diese noch nicht im gewünschten Maß. Wir leben im dritten Jahr eines Nullwachstums, was auf unseren Sozialstaat erhebliche Auswirkungen hat. Der Staat verlagert jetzt notwendige Schulden, auf die Schultern der nachfolgenden Generationen. Diese Hypothek wird uns in den kommenden Jahren allein durch die steigenden Sozialausgaben und Zinsaufwendungen stark in weiteren Investitionen einschränken.

Der Sozialstaat bedarf einer umfassenden Reform, um seinen Bestand für die wirklich Bedürftigen zu sichern und zukunftsfest zu sein. Was besonders Sorgen bereitet, ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Schlüsselindustrien wie zum Beispiel dem Maschinen- und Automobilbau mit zahlreichen Zulieferern. Dies geschieht in einer Zeit, in der andere Branchen massiv Fachkräfte suchen. Dieses Ungleichgewicht ist rechnerisch nicht zu beseitigen, sondern unterliegt einem qualifikatorischen Missmatch. Migration (welcher Art auch immer) kann dieses Problem nicht lösen. Zumal Deutschland durch die rechtspopulistische Entwicklung der letzten Jahre für Zugewanderte nicht mehr so attraktiv erscheint. Rund 2,8 Millionen der ca. fünf Millionen Bürgergeldbezieher*innen sind arbeitsfähig, jedoch nur zu geringen Teilen im Arbeitsmarkt aktiv. Wenn wir nur 100.000 Menschen in den Arbeitsmarkt integriert bekommen, spart dies ein bis zwei Milliarden Euro Deshalb muss Deutschland dem Thema Bürgergeldbezug wieder eine entscheidende Rolle einräumen. Ohne Qualifizierung gibt es keine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt, sondern es droht der sogenannte Drehtüreffekt. Was wir jetzt nicht in Qualifikation investieren müssen wir letztlich in Sozialleistungen auszahlen. Sparen am falschen Ort ist kontraproduktiv und sehr kurzsichtig



gedacht! Die Kosten vervielfachen sich später.

Die Diskussion um das Bürgergeld erscheint wie eine Kollateraldiskussion für die immer weiter steigenden Bürokratie-kosten. Letztere sind ein Skandal. Weniger als ein Prozent der Bürgergeldbezieher*innen sind tatsächlich Arbeitsverweiger*innen. Hier findet eine unsägliche Schattendiskussion statt. Es ist richtig, dass wieder gefordert und nicht mehr gefördert werden muss. Fordern kann durch Qualifizierung massiv bei der Integration in eine nachhaltige Tätigkeit unterstützen.

Darin liegt auch unsere Chance als Bildungsinstitutionen: dem Arbeits- und Fachkräftebedarf von innen heraus zu begegnen und Menschen wieder eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier können und werden wir unsere Chancen in einer stark vom Wettbewerb geprägten weiterbildungs- und integrationspolitischen Dienstleistungsstruktur nutzen. Dies gelingt uns am besten in einem starken Verband, der unter anderem mit MY·TQ ein Label geschaffen hat, welches mittlerweile sogar im Koalitionsvertrag dokumentiert ist. Es wird als eine starke Integrationsmaßnahme in den Arbeitsmarkt auch während einer Beschäftigung gesehen. Teilqualifikationen verdienen nun den integrativen Respekt, den wir als BBB schon lange fordern.

Vor dem Hintergrund des Tariftreuegesetzes auf Bundesebene wird eine Dynamik entwickelt, um endlich einen Branchentarifvertrag abzuschließen. Dazu ist nur der BBB in den entsprechenden Rechtskreisen in der Lage. Ich gehe davon aus, dass wir zu einer kompromissfähigen Lösung mit den Gewerkschaften kommen.

Als BBB propagieren wir Weiterbildung schon lange als vierte Säule des Bildungssystems. Wir fordern auf Bundesebene in zahlreichen Gesprächen mit relevanten Mandatsträger*innen, endlich diese Würdigung vorzunehmen und Taten folgen zu

lassen. Die Definition einer staatlichen Weiterbildungsstrategie zur Unterstützung der Transformation der Mitarbeitenden in den Unternehmen muss realisiert werden. Digitalisierung und KI spielen hierbei eine fundamentale quantitative und besonders qualitative Rolle. Wir als Verband stellen uns den Anforderungen der Digitalisierung, Dekarbonisierung und der demografischen Entwicklung. Dazu sind die notwendigen finanziellen Mittel von der Politik zur Verfügung zu stellen.

Unser Netzwerk ist gewachsen. Nicht nur auf der Basis der bewährten und punktuell erweiterten Verbändestruktur wie zum Beispiel beim gemeinsamen Papier zum Gesamtprogramm Sprache. Wir haben auch die Anzahl unserer Mitglieder steigern können.

Das ist für uns ein Beweis für unsere gute Arbeit in verschiedenen Kernbereichen der Bildungsdienstleister, aber auch ein Ansporn, in unseren Bemühungen zu unseren Schwerpunktthemen nicht nachzulassen. Nein, sogar den Turbo bei dieser neuen Regierung wollen wir starten!

Denn im Jahr 2027 müssen im Bundeshaushalt (Stand jetzt) 34 Milliarden Euro eingespart werden. Die Zahlen bis zum Ende der Legislaturperiode sind noch dramatischer. Wir müssen also trotz der Sondermittel mit noch nie dagewesenen Einsparungen in allen Bereichen rechnen. Ich bin der festen Überzeugung, dass man bei Bildung nicht sparen darf. Sonst würde man die volkswirtschaftliche Prosperität unseres Landes gefährden und damit die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates sowie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zudem würde die Gefahr eines massiven Rechtsrucks größer.

Der BBB ist insgesamt gut aufgestellt und leistungsfähig. Ohne zu übertreiben, sage ich: Wir sind der Spitzenverband in der Weiterbildung. Dies haben wir Ihnen als Mitglieder mit Ihrem Engagement in vielen Fachgruppen und dem ehrenamtlichen zeitlichen Einsatz des Vorstandes zu verdanken.

Besonders herausheben möchte ich hier die hervorragende Arbeit unserer gesamten Geschäftsstelle. Wir haben hier in den vergangenen zwei Jahren einen enormen Leistungssprung gemacht, der einer besonderen Würdigung bedarf. Dafür darf ich mich auch im Namen des gesamten Vorstandes sehr herzlich bedanken!

Ich bin als Vorsitzender stolz darauf, Teil dieses Teams im Vorstand und der Geschäftsstelle sein zu dürfen und freue mich außerordentlich über das Engagement unserer Mitglieder!

Lassen Sie uns auf dem erfolgreichen, aber stark herausfordernden Weg gemeinsam weitergehen. Gemeinsam sind wir stärker und werden auch als der Spitzenverband wahrgenommen.

Viele herzliche Grüße!

Thieuro Tojlan

Herzlichst

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V.

Vorstandsvorsitzender des IB-Internationaler Bund

Inhalt

Vorwort Sören	7	Träger- und Verbändetreff en der Bundesagentur für Arbeit	35
Die Geschäftsstelle	8	Regional im Dialog	37
Die BBB-Geschäftsstelle	9	Zwischen Stabilität und Reformbedarf	38
Neue Gesichter in der BBB-Geschäftsstelle	10	Unser politisches Netzwerk	39
Unser Vorstand	11	Fachgruppe MY·TQ	40
Struktur und Zuständigkeiten des BBB	13	Der Expertenkreis Recht	42
Die Zweckgemeinschaft	14	Status von Honorarkräften	43
Der Vorstand der Zweckgemeinschaft	15	Umsatzsteuer: Weiter 0 Prozent	44
Das Tariftreuegesetz kommt	16	Mehr Geld für Eingliederung	45
Fachgruppe Digitale Transformation	17	Brückenbauer zwischen Politik, Bildung und Gesellschaft	46
Präsenztreffen in Nürnberg	19	Die Pläne der Regierung	48
Warum die Digitalstrategie auch Bildungsträger einbeziehen muss	20	Europa: Neue Partnerschaften für gemeinsame Visionen	50
Digitalpakt Weiterbildung	21	Aufbruch Mittelstand	51
Human Friendly Automation	22	Mitgliedschaften und Zusammenarbeit	
Die Fachgruppe Berufs- und Integrationssprachkurse	23	mit anderen Verbänden	52
Ohne Sprachkurse keine Fachkräfte	25	Zukunftstag Mittelstand 2025	53
BBB-Kampagne für die Sprache	26	10. Deutscher Weiterbildungstag	54
		Neue BBB-Intranet für Mitglieder	55
Ohne Moos nix los: Sprachförderung	27	Finanzbericht 2024	57
Aktuelle Entwicklungen in der Integrationskurslandschaft	28	Digitale Sichtbarkeit und Kommunikation	58
Die Fachgruppe AZAV	29	Werden Sie Teil des BBB	59
Weitere AZAV-Neuigkeiten	31	Mitgliederentwicklung	60
BGH-Urteil zum FernUSG	32		
Neue Fachgruppe Arbeitsvermittlung	33		
Die Fachgruppe Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL)	34		

Liebe Mitglieder, Partner und Interessierte,

in den vergangenen anderthalb Jahren hat sich im Bildungsverband viel bewegt. Wir haben die Geschäftsstelle modernisiert und damit räumlich und organisatorisch die Voraussetzungen für eine schlagkräftige Arbeit geschaffen.

Mit dem Aufwuchs unseres Teams konnten wir wichtige neue Kompetenzen gewinnen. Besonders freut mich, dass wir mit Katharina Paff und Dennis Sohner zwei engagierte Kolleginnen und Kollegen begrüßen konnten, die mit frischen Ideen, hoher Fachlichkeit und großem Einsatz unsere Arbeit bereichern. Sie stehen beispielhaft für die Professionalisierung, die wir gemeinsam in allen Bereichen vorangetrieben haben

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Digitalisierung unserer Geschäftsstelle. Mit der Einführung des neuen Intranets haben wir nicht nur die interne Kommunikation neu organisiert, sondern eine Plattform geschaffen, die sich in den vergangenen Monaten – auch dank der tatkräftigen Mitwirkung unserer Mitglieder – zu einem echten Wissens- und Informationsfundus für die gesamte Branche entwickelt hat.

Auch fachlich haben wir uns breiter aufgestellt: mit neuen Fachgruppen und mehr inhaltlicher Tiefe. Damit ist es gelungen, die Interessen unserer Mitglieder noch gezielter zu vertreten. Die Kooperation mit anderen Verbänden haben wir deutlich intensiviert. Der Bildungsverband und seine Geschäftsstelle sind heute ein unverzichtbarer Teil der Gesamtverbändelandschaft. Diese Vernetzung und das vertrauensvolle Miteinander ermöglichen es, unsere Anliegen noch wirkungsvoller einzubringen und die Position des BBB als starke Stimme in der Weiterbildung nachhaltig zu festigen.

Auch die Mitgliederentwicklung zeigt: Wir sind auf einem guten Weg. Zwar haben uns im Laufe der Zeit einzelne Mitglieder verlassen, doch insgesamt konnten wir stetig neue Mitglieder hinzugewinnen. Damit wächst der Bildungsverband nicht nur zahlenmäßig, sondern gewinnt auch an Tiefe und Reichweite in der Branche. Dieser Zuwachs stärkt unsere Position und macht uns zu einem immer wichtigeren Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Ein ganz besonderer Dank gilt unseren Vorständen. Sie unterstützen die Geschäftsstelle nicht nur durch ihr Engagement und ihr Vertrauen, sondern sind in vielerlei Hinsicht eine tragende Säule unserer Arbeit. Ebenso danke ich den Mitarbeitenden unserer Mitgliedsunternehmen – von Fach-



und Führungskräften bis hin zu Geschäftsführungen und Vorständen. Ihre Mitarbeit in den Fachgruppen, ihre Hinweise, ihre konstruktive Kritik, das Teilen von Informationen und nicht zuletzt das Einbringen von Ressourcen machen unsere Arbeit erst möglich. Ohne diese vielfältige Unterstützung wäre ein Verband gar nicht denkbar. Dabei ist uns wichtig: Wir sind keine Service- oder Marketingagentur, kein beliebiger Kommunikationsdienstleister – wir sind ein echter Verband seiner Mitglieder. Das spürt man. Und das macht unsere Arbeit so wertvoll und erfüllend

Insgesamt ist es uns gelungen, die Arbeit des Verbandes auf ein neues Niveau zu heben. Wir haben Strukturen geschaffen, die uns für die kommenden Jahre gut aufstellen und die Grundlage dafür legen, die Interessen unserer Mitglieder wirkungsvoll gegenüber Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu vertreten.

Allen, die diesen Weg mit uns gegangen sind, danke ich herzlich. Ihr Engagement, Ihre Ideen und Ihre Unterstützung machen den Bildungsverband zu dem, was er heute ist: eine starke Stimme für die berufliche Bildung.

Mit herzlichen Grüßen

6016s-C

Sören Kosanke Geschäftsführer

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.

Herzstück unserer Verbandsarbeit Die Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des Bildungsverbandes bildet das organisatorische und kommunikative Zentrum unserer Arbeit. Hier laufen die Fäden zusammen: Wir greifen die Anliegen unserer Mitglieder auf, verfolgen sie konsequent weiter und sorgen dafür, dass sie in den politischen und fachlichen Diskurs eingebracht werden. Ganz gleich, ob es um aktuelle Entwicklungen in der Bildungspolitik oder um die Vernetzung innerhalb der Branche geht – unser Team ist die geeignete Anlaufstelle.

Wir kennen die täglichen Herausforderungen der Bildungsträger und arbeiten gemeinsam an Lösungen. Damit leisten wir unseren Beitrag, die Idee einer Weiterbildungsrepublik Schritt für Schritt mit Leben zu füllen.

Besonders freuen wir uns über die personelle Verstärkung im Frühjahr 2025: Mit Katharina Paff und Dennis Sohner haben wir zwei neue Kolleg:innen gewinnen können, die mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement die Geschäftsstelle bereichern und unsere Arbeit noch schlagkräftiger machen.

Geschäftsführer

Sören Kosanke

Sören Kosanke ist seit September 2023 Geschäftsführer des Bildungsverbandes. Der Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaftler arbeitete nach beruflichen Stationen in der Weiterbildung und der sozialen Arbeit in der öffentlichen Verwaltung, bevor er als Abgeordneter und später als selbständiger Politik- und Kommunikationsberater tätig war. Er hat drei Kinder und lebt im Berliner Umland.



Referentin der Geschäftsführung

Lina-Marie Gasch

Lina-Marie Gasch ist seit November 2023 Referentin der Geschäftsführung. Sie absolvierte den Bachelorstudiengang Lateinamerikastudien und den Masterstudiengang Internationale Beziehungen mit je einem Auslandssemester in Buenos Aires und Lissabon. Durch Werkstudententätigkeiten und Praktika in Botschaften, Kommunikationsagenturen und Verbänden hat sie bereits während ihres Studiums tiefgehende Einblicke in das politische Berlin bekommen.



Fachkoordinatorin MY·TQ

Bettisa Moradkhan

Bettisa Moradkhan ist seit 2022 Fachkoordinatorin für MY·TQ, das Teilqualifizierungsprojekt des BBB. Die examinierte Lehrerin arbeitete zuvor als Dozentin und Lehrgangskoordinatorin u.a. in den Bereichen Zweiter Bildungsweg und in der Erzieher:innenausbildung. Sie selbst bildete sich beruflich weiter im Bereich Projektleitung und -koordination. Durch ihre Vita ist Bettisa Moradkhan mit den Perspektiven von Bildungsträgern, Lehrkräften und Lernenden vertraut.



Projektassistentin

Minju Kim

Minju Kim ist im Bereich Online-Marketing tätig. Sie unterstützt Bettisa Moradkhan in vielfältigen Aufgaben für das Projekt MY·TQ und bringt ihre Begeisterung für Grafik und Printmedien ein. Aus ihrer persönlichen Erfahrung heraus ist es ihr ein persönliches Anliegen, andere Zugewanderte zu unterstützen. Mit Leidenschaft setzt sie sich dafür ein, dass Menschen faire Arbeitsbedingungen erhalten und echte Chancen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt bekommen.



Public Affairs Managerin

Katharina Paff

Seit April 2025 verstärkt Katharina Paff die Geschäftsstelle als Public Affairs Managerin. Im Masterstudium der Sozialpolitik an der Uni Bremen spezialisierte sie sich auf Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung. Ihr Wissen ergänzte sie mit einer Weiterbildung im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Nach dem Studium sammelte Katharina Paff internationale Arbeitserfahrung in Brüssel bei der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Inklusion der EU-Kommission.



Public Affairs Manager

Dennis Sohner

Dennis Sohner ist seit April 2025 Public Affairs Manager beim BBB. Er schrieb zunächst als Journalist für die Westdeutsche Allgemeine Zeitung. Nach seiner Zeit als Büroleiter eines Abgeordnetenbüros zog es ihn aus dem Ruhrgebiet nach Berlin in den Bundestag. Dort lernte er verschiedene Fachbereiche und den Parlamentsbetrieb kennen. Der PR-Fachwirt und studierte Politik- und Erziehungswissenschaftler ist selbst leidenschaftlicher Weiterbildungsteilnehmer – z.B. in den Bereichen Journalismus, Social Media oder Projektmanagement.





In einem kurzen Interview stellen sich unsere neuen Kolleg:innen genauer vor

Wie seid ihr eigentlich zum BBB gekommen?

Katharina Paff: Während meiner Zeit bei der Europäischen Kommission habe ich mich intensiv mit Weiterbildungspolitik auf EU-Ebene beschäftigt. Besonders geschätzt habe ich dabei den lebendigen Austausch mit Sozialpartnern aus der Praxis. Dabei wurde mir deutlich, dass ich nicht nur ein gesellschaftlich relevantes Thema voranbringen möchte, sondern in einem dynamischen Umfeld mit vielfältigen Perspektiven arbeiten will. Das habe ich hier beim BBB gefunden.

Dennis Sohner: Meine Zeit im Bundestag endete durch die Wahl unfreiwillig – aber irgendwie auch nicht. Denn ich wollte ohnehin eine neue Herausforderung. Ich habe zwar noch nicht direkt im Bildungsbereich gearbeitet. Als studierter Erziehungswissenschaftler lag mir das Thema Bildung aber immer schon am Herzen. Ich beschäftige mich gerne mit neuen Themen. Und ich kann ganz gut mit Menschen. Da passt die Stelle beim BBB aus meiner Sicht ziemlich gut.

Was bedeutet Weiterbildung für euch persönlich?

Katharina Paff: Für mich ist Weiterbildung die Chance, mich kontinuierlich weiterzuentwickeln, egal ob ich vorhandenes Wissen vertiefe oder mir neue Horizonte erschließe. Als Gesellschaft brauchen wir eine Weiterbildungskultur, die Menschen befähigt über ihre eigene Biografie zu bestimmen und nicht nur um Fachkräftelücken zu füllen.

Dennis Sohner: Ich habe Weiterbildung immer als persönliches Baukastensystem verstanden und mich gefragt: Was gefällt dir – und was ist eine sinnvolle Ergänzung? So kam es, dass ich immer wieder dazugelernt habe. Neben meinem Studium habe ich z.B. einen Abschluss als PR-Fachwirt oder als Projektmanager. Wichtig ist: Es sollte Spaß machen.

Welche politischen Themen beschäftigen euch im Moment am meisten?

Katharina Paff: Aktuell stehen bei mir die Branchentarifverhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di und GEW sowie die Neuregelung des Statusfeststellungsverfahren im Mittelpunkt. All das bildet die zukünftige Grundlage guter Arbeit für Beschäftigte und freie Mitarbeitende in der Branche.

Dennis Sohner: Die Verabschiedung zweier Bundeshaushalte, die Reform des Sozialstaates, die AZAV-Reform. Das alles betrifft die Weiterbildungsbranche direkt. Und da entscheidet sich ein Stück weit, wo die Reise hingeht: Setzt die Koalition klare Akzente pro Qualifizierung und Entlastung der Träger? Wer die Wirtschaft ankurbeln will, muss Weiterbildung stärken.

Auf welche Projekte freut ihr euch besonders?

Katharina Paff: Als Freundin der Statistik freue ich mich auf die diesjährige Mitgliederbefragung. Eine solide Datengrundlage macht die Bedarfe unserer Mitglieder sichtbar und hilft uns, diese in den politischen Prozess einzubringen.

Dennis Sohner: Auf unser Mitgliederforum im November. Ich freue mich, weitere Mitglieder persönlich kennenzulernen. Und natürlich auf die politischen Vorhaben im nächsten Jahr. Das wird spannend.

Und zum Schluss noch etwas Persönliches: Was macht ihr gerne, wenn der BBB-Laptop zugeklappt ist?

Katharina Paff: Nach Feierabend findet man mich im Sommer definitiv an der Spree – beim Sport machen, lesend in der Sonne oder bei einer Runde Tischtennis mit Freunden.

Dennis Sohner: Ich bin leidender und leidenschaftlicher Fußball-Fan des VfL Bochum. Wenn ich mich entspannen will, lese ich gerne oder gehe essen. Mit meinem neuen Angelschein wird es mich wahrscheinlich demnächst auch öfter ans Wasser ziehen.

Unser Vorstand Erfahrung, Verantwortung, Weitblick

Der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) wird von einem ehrenamtlichen Vorstand geleitet, der die strategische Entwicklung des Verbandes maßgeblich entwickelt. Die Vorstandsmitglieder bringen ihre breite Expertise aus der Weiterbildungsbranche ein und vertreten mit Nachdruck die Interessen unserer Mitgliedsunternehmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ihr freiwilliges Engagement trägt entscheidend dazu bei, die berufliche Bildung in Deutschland zu stärken und den BBB als verlässlichen und anerkannten Partner im politischen Dialog zu festigen. Mit klaren Ideen, Mut zur Ge-

staltung und einem hohen Maß an Verantwortung setzen sie wichtige Impulse für die Zukunft der Weiterbildung. In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle in Berlin werden Positionen erarbeitet, Initiativen gestartet und Lösungen für aktuelle Herausforderungen entwickelt. So entsteht ein lebendiger Austausch, der den Verband kontinuierlich voranbringt.

Der derzeitige Vorstand wurde am 11. Oktober 2023 gewählt. Seine Amtszeit läuft gemäß der Satzung zwei Jahre. Demnach erfolgt auf der Mitgliederversammlung am 6. November 2025 eine Neuwahl.



Vorsitzender des Bildungsverbandes e.V.

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Vorstandes, Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V., Frankfurt am Main



Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Achim Albrecht

Vorstand, Stiftung Grone-Schule, Hamburg



Stellvertretende Vorstandsvorsitzende

Petra Densborn

Vorständin, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V. (CJD), Berlin



Vorstandsmitglied

Reiner Engel

Geschäftsführer,
Tertia-Gruppe,
Alfter bei Bonn



Vorstandsmitglied

Wolfgang Gelhard

Geschäftsführer,
Kolping-Bildungswerk Paderborn gGmbH,
Paderborn



Vorstandsmitglied

Joachim Giese

Vorstand,
WBS Training AG,
Berlin

Vorstandsmitglied

Vorstandsmitglied



Vorstandsmitglied

Silke Gmirek

Geschäftsführerin,
GFBM – gemeinnützige Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen gGmbH,
Berlin



Carmen Grabenhorst

Geschäftführerin,
DAA Deutsche Angestellten Akademie
GmbH,
Hamburg



Vorstandsmitglied

Uwe Hensel

Geschäftsführer,
TÜV Rheinland Group/TÜV Rheinland
Akademie GmbH,
Berlin



Dirk H. Jedan

Hauptgeschäftsführer,
Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis,
Iserlohn



Klaus Knappstein

Geschäftsführer,
Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw),
Erkrath

Vorstandsmitglied

Übersicht

Struktur und Zuständigkeiten des BBB

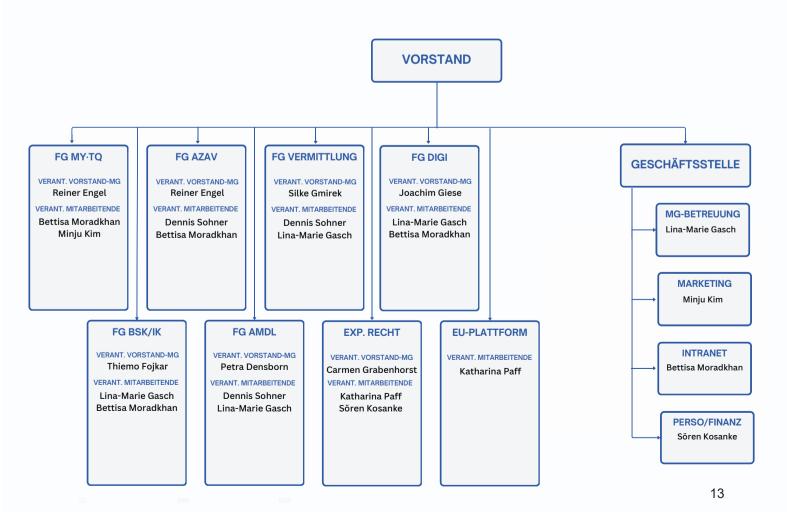
Der Bildungsverband ist klar strukturiert, um die vielfältigen Aufgaben effizient und transparent wahrnehmen zu können. An der Spitze steht der ehrenamtliche Vorstand, der die strategische Ausrichtung vorgibt und die Interessen der Mitglieder nach außen vertritt. Unterstützt wird er durch die Geschäftsstelle in Berlin, die die operativen Aufgaben koordiniert und als zentrale Anlaufstelle für Mitglieder, Politik und Partner fungiert.

Darüber hinaus arbeiten themenspezifische Fachgruppen an inhaltlichen Schwerpunkten und bringen ihre Expertise in aktuelle Debatten ein. So wird sichergestellt, dass die Perspektiven der Mitgliedsunternehmen praxisnah in politische Prozesse und Verbandsinitiativen einfließen.

Das folgende Organigramm gibt einen Überblick über die Struktur des Verbandes sowie die jeweiligen Zuständigkeiten der Gremien, der Geschäftsstelle und der Fachgruppen.



ORGANIGRAMM





Zweckgemeinschaft Mitgliederversammlung

Die Zweckgemeinschaft

Ambitionierte Ziele und neue Impulse für faire Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Weiterbildung

Die Mehrzahl der Mitglieder des Bildungsverbandes e.V. hat sich zusätzlich in der Zweckgemeinschaft des BBB zusammengeschlossen. Die Zweckgemeinschaft (ZG) ist die Vereinigung des BBB, die Verhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) und GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) führt und Vereinbarungen abschließt.

Aktuell legt der siebte Tarifvertrag zur Regelung des Mindestlohns für pädagogisches Personal die zwingenden Arbeitsbedingungen für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Sozialgesetzbuch fest. Die Allgemeinverbindlichkeit der Verordnung trat zum 1. Februar 2023 in Kraft und läuft noch bis zum 31. Dezember 2026.

Auf dem Weg zum Branchentarifvertrag

Nach ausführlichen Sondierungsgesprächen mit den Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren konkretisierte sich in diesem Jahr das Vorhaben, einen Branchentarifvertrag zu verhandeln und abzuschließen. Insbesondere vor dem Hintergrund des geplanten Bundestariftreuegesetzes spricht sich die Zweckgemeinschaft für einen Tarifvertrag aus, welcher über den bestehenden Mindestlohn hinausgeht.

Aus der Mitgliedschaft der Zweckgemeinschaft erfuhr die Verhandlungskommission auf den Mitgliederversammlungen im Juni und Oktober 2025 geschlossenen Rückhalt und das Vertrauen für die Fortführung der Verhandlungen. Sie hat künftig das Mandat, ein neues und tragfähiges Tarifwerk für die Weiterbildungsbranche zu entwickeln und mit den Gewerkschaften auszuhandeln.

Forderungen und Perspektiven

Die Bundestarifkommission der ver.di stellte im April 2025 ihre Forderungen für einen Branchentarifvertrag vor. Der Gewerkschaft gehe es demnach vorrangig um die Anpassung des Entgelts, die Berücksichtigung von Erfahrungsstufen sowie andere entgeltliche Leistungen wie Jahressonderzahlungen auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes. Bezüglich der Arbeitsqualität forderte ver.di eine Regelung der Vor- und Nachbereitungszeiten, Fortbildungen und Personalschlüssel.

Im April, Mai und September 2025 trafen sich die ZG-Verhandlungskommission und ver.di-Tarifkommission zu Arbeitsterminen. Dort wurde über Forderungen, Probleme und mögliche Lösungswege intensiv beraten. Die Zweckgemeinschaft betonte gegenüber den Gewerkschaften die Notwendigkeit, tarifliche Absicherungen und wirtschaftliche Stabilität in Einklang zu bringen. Dazu gehöre auch ein realistischer Blick auf die strukturellen Rahmenbedingungen der öffentlich finanzierten Maßnahmen und Projekte. Weitere Verhandlungstermine sind für den Winter 2025 und das Frühjahr 2026 geplant.

Wirkmächtigkeit der Branche stärken

Die Mitgliederversammlung im Juni 2025 hat sich dafür ausgesprochen, dass die ZG sich zukünftig auch Nicht-Mitgliedern des BBB öffnen dürfe. Das Ziel der Öffnung ist es, die Wirkmächtigkeit und Sichtbarkeit des Verbandes zu verbessern und die Branchenabdeckung zu erhöhen. Mit Blick auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach Tarifvertragsgesetz sowie die Anwendung der Tariftreue wird eine übergreifende Marktabdeckung erforderlich und vorteilhaft für den Verband sein. Die formale und genaue Vorbereitung dieser Umstrukturierung ist nun im vollen Gange.

Der Vorstand der Zweckgemeinschaft

Die Mitgliederversammlung der Zweckgemeinschaft des BBB hat am 6. Oktober 2025 in Hannover ihren neuen Vorstand und eine neue Verhandlungskommission gewählt. Damit stellt sich die Zweckgemeinschaft personell und strategisch für die kommenden vier Jahre neu auf.

Der neue Vorstand nimmt seine Arbeit auf

Als erfahrener Vorstandsvorsitzender wurde Wolfgang Gelhard (Kolping-Bildungswerk Paderborn gGmbH) von der Mitgliederversammlung in Hannover wiedergewählt. Carmen Grabenhorst (DAA Deutsche Angestellten Akademie GmbH) und Daniel Neumann (Internationaler Bund IB Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.) werden als stellvertretende Vorsitzende die Arbeit der Zweckgemeinschaft künftig maßgeblich mitgestalten.

Den neuen Vorstand komplettieren Achim Albrecht (Stiftung Grone-Schule), Frank Giese (Stiftung Berufliche Bildung), Klaus Knappstein (Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw)) und Kerstin Wuthe (CJD Qualifizierung, Betreuung und Beschäftigung gGmbH).

In ihrem Amt werden die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder die strategische Ausrichtung der Zweckgemeinschaft weiterentwickeln sowie die tarifpolitischen Interessen der Mitglieder entschlossen vertreten.

Ein besonderer Dank gilt Frank Giese und Dirk H. Jedan für ihren Einsatz als stellvertretende Vorsitzende in der zurückliegenden Amtszeit.

Die neue Verhandlungskommission konstituiert sich

Mit der Wahl auf der Mitgliederversammlung nimmt auch die neue Verhandlungskommission ihre Arbeit auf. Sie vertritt die Mitglieder in den bevorstehenden Tarifverhandlungen mit ver.di und GEW.

Neben dem siebenköpfigen Vorstand gehören der Verhandlungskommission acht weitere Mitglieder der Zweckgemeinschaft an. Von der Mitgliederversammlung wurden Reiner Engel (TERTIA-Gruppe), Alexandra Flick (Kolping-Bildungswerk Paderborn gGmbH), Alfred Maier (Kolping Bildungswerk München und Oberbayern e.V.), Markus Märtens (Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis e.V.), Peter Niemann (SBH Süd GmbH / SBH West GmbH), Jürgen Roßnagel (KOM gem. Ges. für berufliche Kompetenzentwicklung mbH), Ulrich Schultes (TERTIA-Gruppe) und Markus Seegy (DAA-Stiftung Bildung und Beruf) in dieses Amt gewählt.

Jürgen Roßnagel (KOM gem. Ges. für berufliche Kompetenzentwicklung mbH) übernimmt die Funktion des Rechnungsprüfers der Zweckgemeinschaft.

Der neu gewählte Vorstand der Zweckgemeinschaft des BBB (v. l. n. r.): Kerstin Wuthe, Klaus Knappstein, Daniel Neumann, Carmen Grabenhorst, Frank Giese, Achim Albrecht und Wolfgang Gelhard.

Das Tariftreuegesetz kommt Fairer Wettbewerb in der Weiterbildung

Die neue Bundesregierung hat das Tariftreuegesetz zu einem der prioritären Vorhaben erklärt und brachte dessen Umsetzung bereits auf den Weg. In der letzten Legislatur wurde ein Referentenentwurf zwar vorgelegt, aber durch den Bruch der damaligen Koalition nicht beschlossen.

Die schwarz-rote Bundesregierung hat den Gesetzentwurf für ein Tariftreuegesetz am 6. August beschlossen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hatten den Entwurf gemeinsam vorgelegt. Nun sind Bundestag und Bundesrat am Zug.

Ziel des Gesetzes ist es, Lohndumping mit Steuergeldern zu verhindern und Nachteile tarifgebundener Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ab einem Auftragswert von 50.000 Euro zu beseitigen, indem tarifähnliche Arbeitsbedingungen auch für Nichttarifunternehmen verpflichtend werden.

Der BBB begrüßt ausdrücklich die Zielsetzung des Tariftreuegesetzes, die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu stärken und die Nachteile tarifgebundener Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge zu beseitigen.

Im Dialog mit dem BMAS

Schon vor der Veröffentlichung des Referentenentwurfs traf sich der Vorstand der Zweckgemeinschaft gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Bildungsverbandes mit dem zuständigen Referat im BMAS. In dem konstruktiven Austausch betonten die Bildungsträger die besondere Lage der Branche, die insbesondere im Auftrag der Bundesagenturen für Arbeit und Jobcenter agieren.

Ein bundeseinheitliches Tariftreuegesetz hat die Chance, angemessene Arbeitsbedingungen und faire Wettbewerbsbedingungen in der Weiterbildung zu stärken. Gleichzeitig birgt das Tariftreuegesetz Herausforderungen

für die Branche. Bildungsanbieter bewegen sich auf einem ohnehin stark regulierten und fragmentierten Markt. Die Zielsetzung des Gesetzes droht verfehlt zu werden, wenn einerseits nicht alle der öffentlich-finanzierten Dienstleistungen und andererseits nicht alle öffentlichen Kostenträger gleichermaßen erfasst würden.

Es braucht eine wirkungsvolle Umsetzung

In einer ausführlichen Stellungnahme an das BMAS beleuchtete der BBB die branchenspezifischen Herausforderungen und unterbreitete Ideen für mögliche Lösungen. Um eine verlässliche und wirkungsvolle Einbindung der Träger der beruflichen Bildung in das Tariftreuegesetz mit Blick auf die Besonderheiten der Branche sicherzustellen, fordert der BBB unter anderem die Senkung des Schwellenwertes unter 50.000 Euro sowie die Vermeidung zusätzlicher Belastungen durch Bürokratie für Bildungsträger.

Der BBB setzt sich auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren für eine flächendeckende und bundesweit kohärente Umsetzung der Tariftreue in allen für die Bildungsbranche relevanten Bereichen und staatlichen Ebenen ein.

QR-Code zur Stellungnahme zum Bundestariftreuegesetz





Foto © Adobe Stock

Die Fachgruppe Digitale Transformation – ehemals "Fachgruppe Digitalisierung" – hat sich als relevanter Expertenkreis für die Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung etabliert. Mit der Umbenennung verdeutlicht die Gruppe die Erweiterung ihres Auftrags: Während "Digitalisierung" primär den Einsatz neuer Technologien beschreibt, umfasst "Digitale Transformation" den umfassenden Wandel in Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft.

In einer sich rasant wandelnden Welt entstehen ständig neue Anforderungen an Beschäftigte, Unternehmen und Bildungsträger. Weiterbildung spielt dabei eine Schlüsselrolle: Sie befähigt Menschen, sich flexibel an neue Gegebenheiten anzupassen, digitale Kompetenzen zu erwerben und innovative Lernwege zu beschreiten. Flexible Lernangebote, digitale Lernformate und kontinuierliche Kompetenzentwicklung sind daher Treiber dieser Transformation.

Die Fachgruppe versteht sich als Impulsgeberin in diesem Prozess. Durch klare Zielsetzungen, enge Kooperation mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Entwicklung praxisnaher Konzepte schafft sie Grundlagen für eine moderne, zukunftsfähige und lernorientierte Weiterbildungslandschaft. Ihre bisherigen Erfolge zeigen sich sowohl in einer gesteigerten Sichtbarkeit als auch in der positiven Resonanz auf die gewählten Schwerpunkte.

Ziele und Aufgaben der Fachgruppe

Im Zentrum der Fachgruppenarbeit stehen die Förderung digitaler Lösungen, die Weiterentwicklung arbeitsmarktlicher Instrumente sowie die Stärkung der Flexibilität von Bildungsangeboten. Insbesondere in der geförderten Erwachsenenbildung, wo der BBB und seine Mitglieder traditionell Schwerpunkte setzen, wird Digitalisierung als Schlüssel zu mehr Effizienz, Anpassungsfähigkeit und Teilhabe verstanden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Definition von IT-Standards und Schnittstellen für einen reibungslosen Informationsfluss zwischen Trägern, Behörden und Plattformen.

Rückblick: Erreichtes im vergangenen Jahr

Im zurückliegenden Jahr wurde die Außendarstellung deutlich geschärft, konkrete Ansprechpartner:innen und Aufgabenbereiche klar benannt und eine einheitliche Kommunikationsstrategie etabliert. So konnte sichergestellt werden,

dass alle Mitglieder denselben Informationsstand haben und Anliegen zielgerichtet platziert werden können.

Darüber hinaus hat sich die Fachgruppe aktiv in politische und fachliche Diskurse eingebracht – etwa durch die Erarbeitung eines Positionspapiers zur Digitalisierungsstrategie der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie zum Digitalpakt Weiterbildung. Auch die Mitwirkung an der HFA-Initiative (Human Friendly Automation) gehört zu den sichtbaren Erfolgen.

Aktuelle und kommende Handlungsfelder

In den Jahren 2025 und 2026 wird sich die Fachgruppe mit den Plattformen Kursnet und mein NOW, den rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie dem geplanten SGB III-Modernisierungsgesetz beschäftigen. Den Digitalpakt Weiterbildung - ein zentrales Zukunftsprojekt für die Branche - wird die Fachgruppe weiter begleiten. Relevante Positionen hat die Fachgruppe bereits in einem Positionspapier festgehalten.

Damit unterstreicht die Fachgruppe Digitale Transformation ihren Anspruch, aktiv Impulse zu setzen, Orientierung zu geben und den digitalen Wandel der Weiterbildung in Deutschland entscheidend mitzugestalten.

Externe Impulse in der Fachgruppe: Besuch der Bundesagentur für Arbeit

Die Fachgruppe Digitale Transformation sucht regelmäßig den Austausch mit externen Partner:innen, um unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen. Im Frühjahr 2025 waren Wiebke Paulus und Hella Knoop vom Kompetenzcenter "Berufe und Transformation der Arbeitswelt" der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Impulsgeberinnen eingeladen.

In ihrem Beitrag stellten sie die Rolle der BA bei der Begleitung von Transformationsprozessen am Arbeitsmarkt vor.

Dabei zeigten sie, wie tiefgreifend Digitalisierung, Automatisierung, Klimawandel, Globalisierung und Demografie die Arbeitswelt verändern und welche Auswirkungen dies auf Beschäftigung und Berufsbilder hat. Sie betonten, dass Weiterbildung ein zentrales Handlungsfeld bleibt, um mit diesen Veränderungen Schritt zu halten.

Dieser externe Input machte deutlich, wie eng die Fragen von Fachkräftesicherung, digitaler Transformation und Weiterbildung miteinander verknüpft sind.

zuständiges Vorstandsmitglied



Joachim Giese,
Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der
Träger beruflicher Bildung e.V.
Vorstand, WBS Training AG

Ansprechpartnerin



Lina-Marie Gasch,
Referentin der Geschäftsführung, BBB
E-Mail: lina-marie.gasch@bildungsverband.com



FG Digitale Transformation: Präsenztreffen in Nürnberg

Präsenztreffen in Nürnberg Strategie, Trends und gemeinsame Positionen

Im Juli 2025 traf sich die Fachgruppe Digitale Transformation zu einem ganztägigen Treffen in Nürnberg. Die Agenda spiegelte die zentrale Rolle wider, die die Fachgruppe bei der Gestaltung digitaler Bildungsprozesse einnimmt.

Im Mittelpunkt standen aktuelle Themen und Trends. Diskutiert wurde über zentrale Plattformen wie mein NOW, Mein Bildungsraum und den KI-Campus. Auch arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen wie der im Koalitionsvertrag verankerte "Digitalpakt Weiterbildung", die Modernisierung des Fernunterrichtsschutzgesetzes und die Nationale Weiterbildungsstrategie spielten eine große Rolle.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion zur Weiterbildungsoffensive im Koalitionsvertrag. Dabei wurde der Vergleich zum Digitalpakt Schule gezogen und die Frage aufgeworfen, welche Lehren sich daraus für einen künftigen Digitalpakt Weiterbildung ziehen lassen. Die Fachgruppe erarbeitete hierzu konkrete Impulse, die sie in das mittlerweile veröffentlichte Positionspapier integrierte.

Zum Abschluss nahm die Fachgruppe im Rahmen des Nürnberg Digital Festivals an einem Vortrag der Bundesagentur für Arbeit teil. Unter dem Titel "Al-Agents in Action: Automatisierter Support beim Dokumentenimport" wurde ein Praxisbeispiel präsentiert, das die Chancen von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung verdeutlichte und wertvolle Impulse für die Diskussion um digitale Lösungen in der Weiterbildung lieferte.

Warum die Digitalstrategie auch Bildungsträger einbeziehen muss

Mit der im Jahr 2024 veröffentlichten Digitalisierungsstrategie der Arbeits- und Sozialverwaltung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) einen umfassenden Fahrplan vorgelegt, wie die Verwaltungsprozesse in den kommenden Jahren digital modernisiert werden sollen. Ziel ist es, die Abläufe innerhalb der Arbeits- und Sozialverwaltung effizienter, bürgernäher und technologisch zeitgemäß zu gestalten. Die Strategie setzt dabei vor allem auf die Optimierung interner Prozesse, den Ausbau digitaler Infrastrukturen sowie die Nutzung neuer Technologien, um Verwaltung und Bürger:innen gleichermaßen zu entlasten.

Warum die Fachgruppe Stellung bezieht

Da die Perspektive der Weiterbildungsträger in der Digitalisierungsstrategie des BMAS bisher wenig Beachtung findet, hat die Fachgruppe hierzu ein Positionspapier erarbeitet. Weiterbildungsträger sind ein zentrales Bindeglied in der Arbeitsmarktpolitik: Sie setzen Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen um, verfügen über langjährige Erfahrung in der Gestaltung von Lernprozessen und sind damit unverzichtbare Partner für eine erfolgreiche Umsetzung digitaler Strategien. Deren Gelingen hängt nicht allein von der Modernisierung der Verwaltung ab, sondern auch davon, ob Schnittstellen zur Bildungslandschaft praxisnah gestaltet werden. Ohne die enge Einbindung der Weiterbildungsakteure droht die Gefahr, dass die Strategie an den praktischen Bedürfnissen vorbeigeht. Denn Weiterbildung ist Schlüsselfaktor der digitalen Transformation: Nur wenn Menschen kontinuierlich neue Kompetenzen erwerben und flexibel auf Veränderungen reagieren können, wird der digitale Wandel erfolgreich sein.

Zentrale Punkte aus dem Positionspapier

Das Positionspapier der Fachgruppe Digitale Transformation hebt verschiedene Punkte hervor: die Einbindung der Weiterbildungsträger in die Strategieprozesse, die Förderung digitaler Lernangebote, die Nutzung vorhandener Expertise, die Anpassung an die Besonderheiten der Erwachsenenbildung und die Gestaltung nutzerfreundlicher Prozesse.

Aktive Mitarbeit an der Entwicklung der Strategie

Die Fachgruppe Digitale Transformation begrüßt die Bemühungen des BMAS ausdrücklich, die Verwaltung zu digitalisieren, und bietet ihre aktive Mitwirkung an. Gleichzeitig betont sie, dass die Digitalisierungsstrategie nur dann Wirkung entfalten kann, wenn Weiterbildung als integraler Bestandteil des Prozesses verstanden wird. Denn der digitale Wandel erfordert kontinuierliches Lernen, flexible Bildungsangebote und die Bereitschaft, Kompetenzen immer wieder neu zu entwickeln.



QR-Code zur Positionspapier zur Digitalstrategie des BMAS





Foto © KI generiert

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sich ein wichtiges Vorhaben für die gesamte Branche: der Digitalpakt Weiterbildung. Auffällig ist jedoch, dass dieser im Vertrag zwar genannt, aber nicht konkretisiert wird. Dass das Thema dennoch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat, ist kein Zufall – es geht auf ein Positionspapier des BBB aus dem Jahr 2020 zurück. Damit hat der Verband frühzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, Weiterbildung als tragende Säule der digitalen Transformation zu begreifen.

Die Fachgruppe Digitale Transformation sieht es als ihre Aufgabe an, diese Rolle als Impulsgeberin aktiv auszufüllen. Deshalb hat sie ein umfassendes Forderungspapier erarbeitet, das den notwendigen Rahmen für den Digitalpakt Weiterbildung konkretisiert und die politischen Entscheidungsträger:innen auffordert, die Weichen für eine moderne, leistungsfähige Weiterbildungsinfrastruktur zu stellen.

Warum es den Digitalpakt Weiterbildung braucht

Die digitale Transformation ist längst kein technisches Randthema mehr, sondern ein tiefgreifender Strukturwandel, der Arbeitswelt, Gesellschaft und Bildungsprozesse gleichermaßen verändert. Künstliche Intelligenz, datengetriebene Wertschöpfung, Automatisierung und Plattformökonomien beschleunigen diese Entwicklung. Berufsbilder verändern sich, Qualifikationen veralten schneller und die Anforderungen an Beschäftigte steigen kontinuierlich.

In diesem Kontext wird Weiterbildung zu einer Schlüssel-

ressource. Sie ist mehr als nur ein Instrument der Anpassung – sie ist Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Resilienz. Ohne kontinuierliche Weiterbildung verlieren Unternehmen ihre Innovationskraft, Beschäftigte ihre Arbeitsfähigkeit und die Gesellschaft insgesamt ihre Zukunftsperspektiven.

Forderungen des BBB

Das Forderungspapier der Fachgruppe Digitale Transformation unterstreicht, dass der Digitalpakt Weiterbildung als dynamisches und lernendes System gestaltet werden muss. Dazu gehören insbesondere:

- Klare Förderlinien für digitale und KI-gestützte Lernlösungen
- Verbindliche staatliche Kofinanzierung
- Gleichwertige Einbindung der Bildungsträger
- Ein Verständnis von Weiterbildung als Fundament der Transformation

QR-Code zum
Forderungspapier
zum Digitalpakt Weiterbildung







Erfahren Sie mehr über die HFA Alliance e.V.

Human Friendly Automation Verantwortung im digitalen Wandel

Die digitale Transformation verändert Arbeitsprozesse tiefgreifend – durch Automatisierung, Künstliche Intelligenz (KI) und datengetriebene Systeme. Mit diesen Chancen gehen jedoch auch Fragen der Verantwortung, Transparenz und Ethik einher. Genau hier setzt die Human Friendly Automation Alliance (HFA) an. Die Initiative wurde von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und öffentlichen Institutionen gegründet, um sicherzustellen, dass KI- und Automatisierungstechnologien im Einklang mit der Würde und den Rechten der Beschäftigten eingeführt werden.

Zentrales Element ist die HFA-Werte-Charta, die Leitlinien für eine verantwortungsvolle und menschenzentrierte Implementierung von KI in der Arbeitswelt formuliert. Ergänzend hat die HFA den sogenannten Human-friendly Al-Index entwickelt, ein Instrument zur Bewertung und Begleitung von KI-Projekten anhand von vier Dimensionen: technologische Wirksamkeit, soziale Akzeptanz, ethische Verantwortung und Nachhaltigkeit. Damit bietet die HFA Organisationen praktische Orientierungshilfen für ethische Innovationen.

Veranstaltungen und Vernetzung

Ein wichtiges Forum für den Austausch ist der Human Friendly Automation Day (HFA-Day), der jährlich Akteure aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenbringt. Hier werden Best Practices vorgestellt, Herausforderungen diskutiert und gemeinsame Lösungsansätze entwickelt. Be-

reits 2024 stand die Veranstaltung im Zeichen der Frage, wie Automatisierung die Arbeitswelt konkret verbessern kann.

Am 8. Oktober 2025 war der BBB durch Vorstandsmitglied Joachim Giese beim HFA-Day vertreten. Damit unterstreicht der Verband seinen Anspruch, nicht nur interne Impulse zu setzen, sondern sich aktiv in gesellschaftliche Debatten über die Gestaltung des digitalen Wandels einzubringen. Besonders wertvoll war für die Fachgruppe der direkte Austausch mit hochrangigen Vertreter:innen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie die Möglichkeit, die Perspektiven der Weiterbildung in die Diskussion einzubringen.

Bedeutung für den BBB

Für die Arbeit des BBB ist die HFA von besonderer Relevanz, weil sie die Schnittstelle zwischen technologischem Fortschritt und menschlicher Arbeitsgestaltung adressiert – genau dort, wo Weiterbildung ihre Stärke entfaltet. Weiterbildung ermöglicht es Beschäftigten, sich in einer von Automatisierung geprägten Arbeitswelt zu orientieren, Kompetenzen aufzubauen und aktiv an der Transformation teilzuhaben.

Die aktive Teilnahme am HFA-Day hat deutlich gemacht: Der BBB kann mit seiner Expertise im Bereich Weiterbildung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Human Friendly Automation nicht nur ein Leitbild bleibt, sondern konkret in die Praxis umgesetzt wird.



Foto © KI generiert

Die Fachgruppe war im Jahr 2025 stark gefordert. Im Mittelpunkt stand die kritische Situation der Sprachförderung angesichts massiver Kürzungen und Kontingentierungen sowie neuer Vorgaben durch das BAMF.

Zu Beginn des Jahres befasste sich die Fachgruppe mit den drastisch reduzierten Haushaltsmitteln und den Auswirkungen der geänderten Integrationskursverordnung. Besonders die Streichung von Wiederholungsmöglichkeiten, die Anpassung der Fahrtkostenerstattung und der Wegfall spezieller Kursformate führten zu erheblichen Einschränkungen: lange Wartelisten, regionale Ungleichheiten beim Kursangebot und die Gefahr eines Strukturbruchs, weil Träger Personal abbauen müssen, das später nicht kurzfristig wieder aufgebaut werden kann.

Im März rückte ein neues BAMF-Trägerrundschreiben in den Fokus. Es sieht vor, dass festangestellte Lehrkräfte bei einer Vollzeitstelle künftig maximal 29 Unterrichtseinheiten pro Woche unterrichten dürfen. Ziel war eine höhere Qualität durch mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung. Doch ohne eine Anpassung der Kostensätze gefährden diese Vorgaben die wirtschaftliche Grundlage vieler Träger. Gemeinsam mit dem VDP adressierte der Bildungsverband die Problematik beim BAMF und betonte, dass die Regelungen ohne aus-

kömmliche Finanzierung kaum umsetzbar sind.

Auch im weiteren Jahresverlauf beschäftigte sich die Fachgruppe intensiv mit zentralen Entwicklungen: Dazu gehörten die Planungen zum Aktionstag Sprache am 26. September, die Diskussion um den geänderten Unfallversicherungsschutz für Integrationskursteilnehmende sowie die Einführung eines neuen Einstufungssystems für Integrationsund Berufssprachkurse (A1–C2). Zudem konnte ein wichtiger Erfolg erzielt werden: Nach gemeinsamer Intervention mit dem VDP stellte die Bundesregierung zusätzliche Mittel für Integrationskurse bereit, wodurch die Fortführung der Integrationskurse bis Ende 2025 gesichert ist.

Einführung von BerD

Mit BerD – Berufssprachkurse Digital hat das BAMF im März 2025 ein neues IT-Fachverfahren eingeführt, das die Verwaltung, Steuerung und Abrechnung der Berufssprachkurse vollständig digitalisiert. BerD löste das bisher genutzte System WebDoc ab und ist seit dem 24. März 2025 verbindlich im Einsatz. Ziel von BerD ist es, die bislang papier- und mediengebundenen Prozesse zu vereinfachen und die Kommunikation zwischen Trägern und dem BAMF effizienter zu gestalten. Über die Plattform können u. a. Kursanmeldungen, Fahrtkostenerstattungen sowie Abrechnungen gebün-

delt und standardisiert abgewickelt werden. Dies schafft mehr Transparenz, reduziert Fehlerquellen und verkürzt Verfahrenswege. Das BAMF betont, dass die Umstellung für Träger und Verwaltung zunächst zusätzlichen Aufwand bedeutet. Langfristig soll BerD jedoch die Arbeitsprozesse deutlich erleichtern und für alle Beteiligten – von Trägern über Lehrkräfte bis hin zu Teilnehmenden – zu mehr Verlässlichkeit und Geschwindigkeit führen.

Verlängerung der Auszahlungsfristen – und Rückkehr zur 30-Tage-Regelung

Zu Jahresbeginn 2025 wurden die Auszahlungsmodalitäten für Berufssprachkurse kurzfristig verschärft: Für alle ab dem 1. Januar 2025 gestarteten Kurse wurde das Zahlungsziel von 30 auf 90 Tage verlängert. Begründet wurde dies mit der angespannten Finanzlage und der Notwendigkeit, Liquiditätsspielräume im Bundeshaushalt zu sichern.

Für die Bildungsträger stellte diese Entscheidung eine massive Belastung dar. Viele Einrichtungen verfügen nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen, um einen Abrechnungszeitraum von drei Monaten zu überbrücken. Entsprechend führten die verlängerten Zahlungsfristen zu erheblichen Liquiditätsengpässen und in manchen Fällen sogar zu existenziellen Bedrohungen für die Trägerlandschaft.

Nach intensiven Gesprächen und politischem Druck – insbesondere auf das BAMF und das BMAS – konnte jedoch eine Rückkehr zum ursprünglichen Zahlungsziel erreicht werden. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages stimmte am 4. Juni 2025 einem Antrag auf überplanmäßige Ausgaben zu, sodass die Auszahlungsfristen wieder angepasst werden konnten.

Seit dem 10. Juni 2025 gilt für alle eingereichten und vom BAMF bearbeiteten Abrechnungen erneut die Frist von 30 Tagen. Damit kehrt das Verfahren zur früheren Praxis zurück und gibt den Trägern wieder die notwendige Planungssicherheit.

Die kurzfristige Verlängerung der Auszahlungsfristen hat deutlich gemacht, wie sensibel die Finanzierung von Sprachkursen ist und wie stark Träger auf verlässliche Zahlungsflüsse angewiesen sind. Die Rückkehr zur 30-Tage-Regelung ist deshalb nicht nur ein wichtiger Erfolg, sondern auch ein klares Signal: Sprachförderung braucht stabile Rahmenbedingungen, damit Träger handlungsfähig bleiben und ihre Angebote zuverlässig fortführen können.

zuständiges Vorstandsmitglied



Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Bundesverbandes der Träger
beruflicher Bildung e.V.
Vorstandsvorsitzender des Internationaler Bund
(IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und
Bildungsarbeit e.V.

Ansprechpartnerin



Lina-Marie Gasch,
Referentin der Geschäftsführung, BBB
E-Mail: lina-marie.gasch@bildungsverband.com



Gesamtprogramm Sprache Retten Jetzt Banner © BVIB

Ohne Sprachkurse keine Fachkräfte

Prognosen zeigen, dass Deutschland bis 2035 bis zu sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen könnten. Ohne Zugewanderte lässt sich dieser Bedarf nicht decken. Sprachkurse sind daher zentral für die Fachkräftesicherung und Integration.

Mit dem Gesamtprogramm Sprache (GPS) hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren eine Struktur geschaffen, die aus Integrationskursen und berufsbezogener Deutschsprachförderung besteht. Doch die im Bundeshaushalt 2025 vorgesehenen drastischen Mittelkürzungen gefährden dieses Erfolgsmodell massiv. Bereits 2024 konnte der Bedarf an Kursen nicht gedeckt werden; 2025 reichen die vorgesehenen Mittel nicht einmal für die Hälfte der erwarteten Teilnehmenden. Für Träger bedeutet das Unsicherheit, für Lehrkräfte prekäre Arbeitsbedingungen – und für Zugewanderte lange Wartezeiten oder gar der Verlust des Zugangs zu dringend benötigten Sprachkursen.

Unsere zentralen Forderungen

Gemeinsam mit zahlreichen Partnerverbänden im Rahmen der Community of Practice hat der BBB im Februar 2025 ein Forderungspapier erarbeitet. Darin machen wir deutlich: Das Gesamtprogramm Sprache darf nicht kaputtgespart werden! Zu den Kernforderungen gehört eine verlässliche und bedarfsgerechte Mittelausstattung. Wir setzen uns ein für eine Sockelfinanzierung und ein gesichertes Garantiekursvolumen, das Trägern Planungssicherheit gibt. Alle Zugewanderten müssen einen Anspruch auf angemessene Sprachförderung bis mindestens B2-Niveau haben. Sprache ist der Schlüssel zu Integration, Fachkräftesicherung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Werden die Mittel gekürzt und erfolgreiche Kursstrukturen geschwächt, drohen langfristige Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft.

Bündnis "Gesamtprogramm Sprache retten jetzt"

Um die Sprachförderung dauerhaft zu sichern und qualitativ zu entwickeln, haben sich zahlreiche Verbände und Organisationen - darunter der BBB - zur Initiative "Gesamtprogramm Sprache retten jetzt" zusammengeschlossen. Auf gesamtprogramm-sprache-retten.jetzt sind Forderungen, Hintergrundinfos und Beispiele aus der Praxis nachzulesen.



QR-Code zum Gemeinsames QR-Code zur Website Forderungspapier zum Gesamtprogramm Sprache



Gesamtprogramm Sprache 25





"Sprache schafft Teilhabe – wer hier kürzt, kürzt an Integration und Zukunft"

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V.

Vorstandsvorsitzender des IB-Internationaler Bund

Ein Beitragsbild von der BBB-Social Media Kampagne

BBB-Kampagne für die Sprache Verband ist Teil des Bundes-Aktionstags

Am 26. September 2025 fand der Aktionstag Sprache statt: Bundesweit machten Träger, Verbände und Organisationen auf die aktuelle Gefährdung der Sprachförderung in Deutschland aufmerksam. Das Datum ist bewusst gewählt. Es fällt zusammen mit dem Europäischen Tag der Sprachen, dem Tag des Flüchtlings und der Interkulturellen Woche. Damit wird die Bedeutung von Sprache als Schlüssel für Integration, Teilhabe und berufliche Perspektiven sichtbar.

Hintergrund und Zielsetzung

Das Konzept sieht dezentrale Aktivitäten in möglichst vielen Städten und Kommunen vor: Informationsstände, Diskussionsveranstaltungen, symbolische Aktionen im öffentlichen Raum oder regionale Presse- und Social-Media-Kampagnen. Auf diese Weise soll die Dringlichkeit des Themas in die Breite getragen und die Aufmerksamkeit von Politik, Medien und Gesellschaft gleichermaßen erreicht werden. Der BBB beteiligt sich mit einer Social-Media-Kampagne, die der Sprachförderung eine starke Stimme verleiht.

Der Aktionstag wurde im Rahmen des Verbändebündnis "Gesamtprogramm Sprache retten jetzt" entwickelt. Teil des Bündnisses sind neben dem BBB unter anderem die BAG Arbeit, der Verband deutscher Privatschulverbände (VDP), der Evangelische Fachverband für Arbeit und soziale Integration (efas), der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV), die Bildungsallianz des Mittelstandes und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Zentrales Anliegen des Verbändebündnisses ist es, eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Integrationsund Berufssprachkurse durch Bund und Länder sicherzustellen. Denn Sprachförderung ist nicht nur ein bildungspolitisches Instrument, sondern eine Grundvoraussetzung für Arbeitsmarktintegration, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fachkräftesicherung.

Ohne Moos nix los

Wer bei Sprachförderung spart, gefährdet Integration und Arbeitsaufnahme

Die Sprachförderung in Deutschland steht 2025 unter massivem Druck. Für das Jahr 2025 waren im ersten Haushaltsentwurf lediglich 500 Mio. Euro für Integrationskurse vorgesehen. Damit hätten nur rund 147.000 der erwarteten 326.000 Teilnehmenden finanziert werden können. Zum Vergleich: 2024 standen noch 1,24 Mrd. Euro zur Verfügung. Zwar wurde im Laufe des Haushaltsverfahrens aufgestockt, doch auch der Ansatz für 2026 liegt mit rund 954 Mio. Euro unter dem aktuellen Bedarf.

Besonders problematisch ist, dass der Mittelbedarf bereits im ersten Halbjahr 2025 deutlich übertroffen wurde. Sollte dieser Trend anhalten, droht ein vorgezogener Kassenschluss, sodass nicht alle Kursabrechnungen vollständig und fristgerecht beglichen werden könnten. Das steht im Widerspruch zu den hohen Erfolgsquoten: Laut BMI schließen 90 % der Teilnehmenden ihren Integrationskurs erfolgreich ab. Das zeigt, dass diese Kurse wirken – und dass Kürzungen Integration nicht nur verzögern, sondern verhindern.

Berufssprachkurse: Kontingente trotz hoher Nachfrage

Im ersten Regierungsentwurf für 2025 waren 310 Mio. Euro vorgesehen. Dieser Betrag wurde später um 140 Mio. Euro aufgestockt, sodass nun 450 Mio. Euro zur Verfügung stehen. 450 Mio. Euro sind auch für 2026 eingeplant. Diese Anpassung ist zu begrüßen. Fehler wie die drastischen Kürzungspläne im ersten Entwurf 2025 dürfen sich nicht wiederholen. Sprachkompetenz ist die Basis für jede Form von (beruflicher) Integration. Verzögerungen bei Sprachförderung verlängern den Zeitraum bis zur Arbeitsaufnahme und erhöhen Abhängigkeit von Transferleistungen.

Dennoch sind die Berufssprachkurse momentan stark kontingentiert: Nur 30% der Berufssprachkurse können 2025 (im Vergleich zu 2024) überhaupt finanziert werden. Durch die Priorisierung sind aktuell nur B2-Kurse und eng arbeitsplatzbezogene Formate (Job-BSK) möglich. Alle weiteren Niveaus (A2, B1, C1, C2) sind ausgesetzt. Das führt zu einer Schieflage: Lernende ohne B2-Niveau können ihre Sprachkenntnisse derzeit nicht schrittweise ausbauen. Grundsätz-

lich gilt: Der Fokus auf Job-BSK ist wenig zielführend. Sie umfassen lediglich 150 Unterrichtseinheiten, während reguläre BSK 400–500 UE bieten. Nachhaltiger Spracherwerb ist in diesen Kurzformaten kaum möglich, zumal kein Zertifikat vergeben wird. Eine Untersuchung des DIE zeigt: Intensivere und mit Zertifikat abgeschlossene Sprachförderungen steigern die Wahrscheinlichkeit, dass ein Teilnehmer eine Beschäftigung aufnimmt, deutlich.

Folgen unzureichender Finanzierung

Die Konsequenzen dieser Entwicklungen sind gravierend:

- Fehlende Planungssicherheit für Träger und Lehrkräfte: Viele Bildungsträger müssen ihr Ange bot drastisch reduzieren und sich von erfahrenem Personal trennen.
- Massive Einschränkungen bei der Integration Zug ewanderter: Ohne ausreichende Sprachförderung bleiben Teilhabe und Arbeitsmarktintegration auf der Strecke.
- Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Program men: Kurzfristige Haushaltsentscheidungen und Kontingentierungen schwächen das Vertrauen von Trägern und Lehrkräften in die Verlässlichkeit politischer Zusagen.
- Gefährdung der Fachkräftesicherung: Sprache ist die Basis für Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit. Werden Sprachkurse eingeschränkt, verschärft sich der Fachkräftemangel zusätzlich.

Integrations- und Berufssprachkurse sind bewährte Instrumente, die hohe Erfolgsquoten aufweisen und unmittelbar zu gelingender Integration beitragen. Kürzungen und Kontingentierungen untergraben ihre Wirkungskraft und gefährden zentrale Ziele der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Notwendig sind daher eine bedarfsgerechte Finanzierung, Planungssicherheit für Träger und Lehrkräfte sowie der Erhalt des breiten Kursangebots, das auf die unterschiedlichen Bedarfe der Lernenden eingeht. Dafür wird sich der BBB gegenüber Abgeordneten und Regierung einsetzen.

Aktuelle Entwicklungen in der Integrationskurslandschaft

Unterrichtseinheiten

Im Februar 2025 veröffentlichte das BAMF ein Trägerrundschreiben: Bei einer 40-Stunden-Woche sollen Lehrkräfte künftig höchstens **29 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten** pro Woche unterrichten, um ausreichend Raum für Vor- und Nachbereitung zu gewährleisten. Dieser Wert wird ab dem 1. Januar 2026 verbindlich in die Nebenbestimmungen der Kursträgerzulassung aufgenommen.

Für die Praxis bedeutet diese Vorgabe erhebliche Einschränkungen. Viele Träger arbeiten mit gemischten Kursportfolios und planen die Kapazitäten ihrer Lehrkräfte flexibel über Integrations-, Berufssprach- und weitere Kurse hinweg. Die starre 29-UE-Grenze führt zu organisatorischen

wie auch arbeitsrechtlichen Problemen. Zudem sind die bestehenden Kostensätze nicht darauf ausgelegt, eine geringere Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Festanstellung fair auszugleichen.

Der BBB hat deshalb gemeinsam mit dem Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) das Gespräch mit dem BAMF gesucht und die Kritikpunkte in einem Schreiben zusammengefasst. Darin betonen die Verbände, dass faire Arbeitsbedingungen und die Berücksichtigung von Vorund Nachbereitungszeiten selbstverständlich wichtig sind. Zugleich machen sie deutlich, dass diese nur mit einer auskömmlichen Finanzierung realistisch umsetzbar sind.

Unfallversicherung

Bis Ende 2024 vertrat die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) die Auffassung, dass Teilnehmende an allgemeinen Integrationskursen nach § 43 Aufenthaltsgesetz – sofern sie von der Bundesagentur für Arbeit oder den Jobcentern verpflichtet wurden – unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fallen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2025 hat die VBG ihre Rechtsauffassung geändert.

Demnach stehen Teilnehmende von Integrationskursen künftig nicht mehr unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Damit entfällt sowohl die Meldepflicht als auch die Beitragspflicht für diesen Personenkreis.

Der BBB hat diese Änderung kritisch hinterfragt und sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch beim Bundesministerium des Innern nachgefragt. Beide Stellen bestätigten die Rechtsauffassung. Die Begründung: Integrationskurse dienen der gesellschaftlichen Integration und nicht als Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung (z. B. Landessozialgericht Hamburg 2016 – Az. L 3 U 69/13).

Für Bildungsträger bedeutet dies Rechtssicherheit: Teilnehmende an Integrationskursen unterliegen nicht der gesetzlichen Unfallversicherung, anders als Teilnehmende in Berufssprachkursen. Noch offen ist die Frage, wie Teilnehmende in Integrationskursen künftig im Falle von Unfällen abgesichert werden können.

Integrationskursverordnung

Die Integrationskursverordnung (IntV) ist die Grundlage für die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Im Herbst 2024 hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat einen Referentenentwurf zur fünften Änderung der Verordnung vorgelegt.

Der Entwurf sieht u.a. Einschränkungen bei der Wiederholung von Kursen vor, was insbesondere Teilnehmende mit Lernschwierigkeiten benachteiligen könnte. Vorgesehen sind auch der Wegfall von Fahrtkostenzuschüssen für bestimmte Gruppen sowie fehlende digitale Antragswege, die Streichung von Merkblättern in einfacher Sprache sowie zusätzliche bürokratische Anforderungen an Träger, etwa bei Qualitätsnachweisen.

Gemeinsam mit bag arbeit, EFAS und dem VDP hat der BBB eine Stellungnahme vorgelegt. Wir fordern flexiblere Wiederholungsregelungen, den Erhalt spezieller Kursformate (etwa Jugend-, Eltern- und Frauenintegrationskurse) und eine Kostenanpassung für Träger. Um qualifizierte Lehrkräfte halten zu können und steigende Sachkosten zu decken, müssen die seit Jahren unveränderten Kostensätze dringend überarbeitet werden. Außerdem müssen Verwaltungsprozesse digitalisiert werden. Online-Anträge und digitale Abläufe würden Bürokratie abbauen und den Zugang zu Kursen erleichtern.

QR-Code zur Stellungnahme zum Referentenentwurf der Integrationskursverordnung (5. IntVÄndVO)





FG AZAV: Präsenztreffen in Berlin

Die Fachgruppe AZAV beschäftigte sich weiter intensiv mit der Zulassungs- und Förderpraxis und orientierte sich dabei an der Arbeit des AZAV-Beirats. Zentrale Themen waren Transparenz, einheitliche Qualitätsstandards und die Rolle der Fachkundigen Stellen (FKS) in der Auditpraxis.

Eine Unterarbeitsgruppe entwickelte ein Konzept zur Vermeidung von Doppelprüfungen bei Fernlehrgängen. Der Vorschlag orientierte sich an bestehenden Regelungen in der Pflege und zielte darauf ab, einheitliche Standards bei der Definition von Lernformen festzuschreiben, die Transparenz für Teilnehmende zu erhöhen und zugleich Wettbewerbsneutralität zu sichern. Damit sollte gewährleistet werden, dass Maßnahmen, die bereits durch die ZFU zugelassen sind, nicht erneut vollständig überprüft werden müssen, ohne dass dies zulasten der Qualitätssicherung geht. Die Ergebnisse wurden in die Beratungen des Beirates eingebracht und ergänzen die dortige Diskussion.

Zum Jahresbeginn 2025 fand ein ganztägiges Präsenztreffen der Fachgruppe in Berlin statt. Dabei diskutierten die Mitglieder grundlegende Fragen zwischen Qualitätssicherung und Bürokratieabbau. Deutlich wurde das Bedürfnis nach einem intensiveren wechselseitigen Austausch über Erfahrungen mit Zulassungs- und Prüfverfahren. Da die

praktische Umsetzung trotz einheitlicher Vorgaben teilweise unterschiedlich gehandhabt wird, einigte sich die Fachgruppe darauf, ihre Treffen künftig, um einen Praxisaustausch zu erweitern. Dieses Format soll die Fachgruppenarbeit dauerhaft bereichern.

Ein wiederkehrendes Thema war die Einordnung asynchroner Lernanteile in der AZAV-Systematik. Dazu erarbeitete die Fachgruppe Vorschläge zur Präzisierung der Definition von Maßnahmenformen und regte eine klare Unterscheidung zwischen synchronen und zeitversetzten Lerneinheiten an. Mit der neuen Empfehlung des Beirats wurden die Durchführungsformen und der Begriff "Unterricht" nun verbindlich definiert. Die Fachgruppe konnte durch ihre Vorarbeit wichtige Aspekte in die Diskussion einbringen und der BBB begrüßt die nun geschaffene Klarheit in den Beiratsempfehlungen.

Neben diesen Themen befasste sich die Fachgruppe im Mai und Juni 2025 insbesondere mit der Kostenkalkulation von Unterrichtseinheiten und dem Verfahren zur Referenzauswahl bei Maßnahmeüberprüfungen. Beide Themen standen zugleich auf der Agenda des Beirats und wurden dort intensiv diskutiert. Die Fachgruppe sammelte hierzu Erfahrungen der Mitglieder und bereitete Positionen

vor, die in die Beratungen eingebracht wurden.

Ein zentrales Anliegen war zudem die Analyse der Auditpraxis. Auf Initiative des BBB wurde dazu bei vier Fachkundigen Stellen eine Befragung durchgeführt, die wertvolle Einblicke in deren Vorgehen ermöglichte. Die Rückmeldungen verdeutlichten, dass die bestehenden Regelwerke in einzelnen Punkten Spielräume lassen, was in der Praxis zu unterschiedlichen Herangehensweisen führt – etwa bei der Auswahl der geprüften Maßnahmen, der Rolle der Auditorinnen und Auditoren oder beim Anteil von Remote-Audits. Die Befragung markierte zugleich einen wichtigen Schritt der Zusammenarbeit: Mit den beteiligten Fachkundigen Stellen wurde ein offener Dialog etabliert, auf den die Fachgruppe inzwischen auch bei weiteren Themen zurückgreift.

Ein weiteres Thema der Fachgruppe war 2025 die Frage nach einer größeren Flexibilität bei der Ausgestaltung von Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheinen (AVGS). In der Praxis zeigt sich, dass der auf den Gutscheinen ausgewiesene Umfang häufig nicht mit dem in den Maßnah-

menzertifikaten festgelegten Stundenkontingent übereinstimmt. Dies führt zu unnötigen Abstimmungen mit den Kostenträgern und erschwert eine passgenaue Förderung. Vor diesem Hintergrund richtete die Fachgruppe eine Kleingruppe ein, die ein Positionspapier erarbeitet.

Ziel ist es, dem AZAV-Beirat Vorschläge für eine flexiblere Handhabung zu unterbreiten, etwa in Form von Rahmenzertifikaten mit variablen Stundenkontingenten. Damit soll es künftig leichter möglich werden, unterschiedliche Unterstützungsbedarfe von Teilnehmenden abzudecken und zugleich die administrativen Abläufe für Träger und Arbeitsverwaltung zu vereinfachen. Die Ergebnisse werden innerhalb der Fachgruppe vorgestellt.

zuständiges Vorstandsmitglied



Reiner Engel
Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der
Träger beruflicher Bildung e.V.
Geschäftsführer der Tertia-Gruppe

Ansprechpartner



Dennis Sohner
Public Affairs Manager, BBB
E-Mail: dennis.sohner@bildungsverband.com



QR-Code zum aktuellen Stand der Empfehlungen des Beirats



Weitere AZAV-Neuigkeiten

Neue interne Arbeitsgruppe zum Thema "AZAV-Reform"

Die neue Bundesregierung hat sich eine Reform der Maßnahme- und Trägerzulassung vorgenommen. Das AZAV-System soll einfacher und unbürokratischer werden. Wie AZAV im Sinne von Entlastung für die Weiterbildungsträger und im Sinne der Maßnahmenqualität angepasst werden kann, damit beschäftigt sich seit August eine neue Arbeitsgruppe des BBB – eine Untergruppe der Fachgruppe AZAV.

Zu den Sitzungen sollen auch Expertinnen und Experten eingeladen werden, um wichtige Impulse zu geben. Eine AZAV-Reform ist komplex und muss unterschiedliche Interessen berücksichtigen, zum Beispiel kleinerer und größerer Anbieter, von Anbie-

tern mit sehr vielen Maßnahmen oder einem kleinen Angebot.

Bei den ersten Treffen der neuen Arbeitsgruppe haben die Mitglieder sich kennengelernt und sich darüber ausgetauscht, wie die kommende "Reformarbeit" aussehen soll. Erste Argumente und Wünsche wurden diskutiert. Klar ist den Trägern: Das "neue System" soll nicht nur schlanker sein, sondern auch transparenter. Viele Anforderungen sind noch nicht einmal den Fachkundigen Stellen vollends klar. Wenn die AZAV ein System "im Sinne von Qualität und Glaubwürdigkeit" bleiben soll, sollten die Argumente derjenigen gehört werden, die dies repräsentieren und genau daran ein Eigeninteresse haben: die Weiterbildungsträger.

Der BBB wird die Argumente bündeln und an die politischen Entscheidungsträger herantragen.

Beiratssitz und engere Zusammenarbeit mit dem VDP

Ein sich jährlich wiederholendes zentrales Ereignis für die Fachgruppe ist der turnusgemäße Wechsel beim Sitz des Vertreters der vier Bildungsverbände (Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V., Deutscher Volkshochschul-Verband e.V., Verband deutscher Privatschulverbände e.V. und Wuppertaler Kreis e.V.) im AZAV-Beirat: Der Sitz, den der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) seit September 2024 innehatte, ging im September 2025 an den Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) über. Im nächsten Jahr wird der BBB den Sitz übernehmen.

Zum Ende des Berichtszeitraums wurde mit diesem Wechsel zugleich eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen VDP und BBB eingeleitet. Auf Grundlage eines gemeinsamen "Letter of Intent" öffnete der BBB seine Fachgruppe AZAV für Mitglieder des VDP, sodass diese seither als gemeinsame Fachgruppe beider Verbände fortgeführt wird. Ergänzend wurde

eine Koordinationsgruppe eingerichtet, die eine abgestimmte Linie bei Beiratsthemen sicherstellt und die Zusammenarbeit organisatorisch begleitet.

Parallel dazu setzt sich der BBB für eine verbesserten Informationsaustausch im AZAV-Beirat ein. Die derzeitige Geschäftsordnung lässt zu viel Interpretationsspielraum. Hier fordern wir mehr Klarheit: Ein Informationsaustausch von Beiratsmitgliedern und Bildungsverbänden ist sachlich begründet und muss möglich sein – und zwar auch, wenn Bildungsverbände turnusmäßig nicht mit einem Vertreter bzw. einer Vertreterin im AZAV-Beirat vertreten sind.

Eine offene Diskussionskultur ist im Interesse aller: der Mitglieder der Bildungsverbände, die sich mit Ihrer Expertise einbringen; der Beiratsmitglieder, die mehr relevante Informationen für ihre Entscheidungen erhalten. Und auch der Kundinnen und Kunden von AZAV-zertifizierten Maßnahmen: Denn eine gute, sachlich fundierte Beiratsarbeit sichert eine praxistaugliche und qualitätsorientierte Zulassungspraxis.



Erbgroßherzogliches Palais, Bundesgerichtshof Foto © Joe Miletzki

Im Mai 2025 hat der Bundesgerichtshof mit einem Urteil (Az. III ZR 109/24) Fragen zur Anwendbarkeit des Fernunterrichtsschutzgesetzes (FernUSG) behandelt. Gegenstand war die Einstufung von Online-Coaching. Der BGH stellte klar, dass Maßnahmen, die überwiegend asynchron erfolgen, vordefinierte Lernziele verfolgen und eine Form der Lernerfolgskontrolle enthalten, als Fernunterricht gelten.

Das Urteil hat in der Weiterbildungsbranche große Aufmerksamkeit erzeugt. Teile der Träger sind verunsichert, ob ihre digitalen Angebote – insbesondere solche mit überwiegend digitaler synchroner Betreuung – künftig eine Zulassung durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) benötigen. Die Frage, wie digitale Maßnahmeteile zu werten sind, hatten Gerichte in der Vergangenheit unterschiedlich beurteilt. Der BGH hat diese Frage in seinem Urteil offengelassen, da sie im vorliegenden Fall keine Rolle spielte.

Der BBB hatte zeitnah eine Einschätzung an seine Mitglieder übermittelt. Darin wurde verdeutlicht, dass sich für Angebote mit überwiegend oder ausschließlich synchronem Austausch zwischen Lehrenden und Teilnehmenden zunächst keine Änderungen ergeben. Anders bei Angeboten mit einem hohen Anteil an Selbstlernphasen: Hier empfahl der Verband den Mitgliedern, ihre Programme kritisch zu prüfen und gegebenenfalls die ZFU zu konsultieren.

Während in der Berichterstattung vielfach pauschal von "digitalen Angeboten" die Rede war, die angeblich nun eine ZFU-Zulassung benötigte, betonte der BBB die Differenzierung zwischen synchronen und asynchronen Formaten. Auch der Bundesverband der Fernstudienanbieter vertritt diese Sicht. Damit konnte eine sachliche Orientierung geboten und überzogene Verunsicherung abgemildert werden.

BBB bietet Mitgliedern Webinar an

Gleichwohl bleibt die rechtliche Situation für synchron betreute digitale Angebote uneindeutig. Das FernUSG nutzt den Begriff der 'räumlichen Trennung'. Die ZFU zählt dazu asynchrone, also zeitlich versetzte Maßnahmeteile. Ob künftig möglicherweise grundsätzlich digitale Maßnahmen als Fernunterricht gelten, ist noch Teil juristischer Diskussion - eine Diskussion, die zügig politischer Antworten bedarf.

Der BBB wird das Thema weiter eng begleiten, sowohl in der politischen Kommunikation als auch in der fachlichen Unterstützung seiner Mitglieder. Im Oktober 2025 fand ein Webinar statt, in dem ein Rechtsexperte aus einem Mitgliedsunternehmen die Kernaussagen des Urteils erläutert und Fragen aus der Praxis beantwortete. Das Fernunterrichtsschutzgesetz in seiner derzeitigen Form entspricht nicht mehr den Anforderungen der digitalen Weiterbildung. Die unklare Abgrenzung zwischen synchronen und asynchronen Formaten schafft Rechtsunsicherheit für Träger. Der BBB wird sich in die anstehende Reform des FernUSG einbringen.

Neue Fachgruppe Arbeitsvermittlung

Neben einer hochwertigen Qualifizierung von Erwerbslosen und Beschäftigten spielt die Vermittlung von Menschen in Arbeit bei vielen Trägern eine große Rolle: Entweder sie leisten klassische Arbeitsvermittlung, nicht selten als kleiner Betrieb. Oder sie begreifen Vermittlung als Teil ihres Qualifizierungsangebots, darunter viele größere Anbieter. Weil das Thema Vermittlung für Weiterbildungsunternehmen so wichtig ist, hat der Bildungsverband eine neue Fachgruppe ins Leben gerufen. Diese soll sich gezielt mit Arbeitsvermittlung und seinen strukturellen Hürden beschäftigen.

Das Auftakttreffen fand digital am 5. August 2025 statt. 17 Mitglieder hatten teilgenommen und sich rege beteiligt. Der erste Austausch diente insbesondere dem Kennenlernen. Die Teilnehmer:innen haben ihre Erwartungen an die Fachgruppe formuliert. Immer wieder wurde genannt: Die Runde solle ein Ort der Vernetzung und des Voneinander-Lernens sein, wo Probleme angesprochen und angegangen werden können.

Für die privaten Arbeitsvermittler hat Marko Bullerjahn einige Punkte angeführt, die aus seiner Sicht verbessert werden sollten: zum Beispiel das Volumen der Vermittlungsgutscheine oder die Sichtbarkeit von Jobangeboten von Arbeitsvermittlern auf der Seite der Bundesagentur für Arbeit. Bullerjahn hat ein Unternehmen für Arbeitsvermittlung und Coaching und ist Vorsitzender des Rings der Arbeitsmarktund Bildungsdienstleister (RdA e.V.). Andere Teilnehmer:innen hoben unter anderem die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung von qualitativ hochwertiger, nachhaltiger Vermittlungsarbeit hervor. Ein wichtiges Thema der Fachgruppe wird die Finanzierung der Vermittlungsarbeit durch die BA sein.

Bei der Fachgruppenarbeit kooperiert der BBB eng mit dem Ring der Arbeitsmarktdienstleister, der neues Mitglied in unserem Verband ist. Der Vorsitzende des RdA, Marko Bullerjahn, unterstützt bei der Vorbereitung der Fachgruppentreffen und der inhaltlichen Arbeit.

zuständiges Vorstandsmitglied



Silke Gmirek
Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der
Träger beruflicher Bildung e.V.
GFBM – gemeinnützige Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen gGmbH

Ansprechpartner



Dennis Sohner
Public Affairs Manager, BBB
E-Mail: dennis.sohner@bildungsverband.com

Die Fachgruppe Arbeitsmarktdienstleistungen (AMDL)

Foto © Adobe Stock

Die Fachgruppe AMDL bildet im BBB den zentralen Rahmen für Austausch und Abstimmung zu den Arbeitsfördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Sie informiert über aktuelle Entwicklungen bei Instrumenten wie AsA flex, BerEb oder BvB und ermöglicht es den Mitgliedern, sich vor Vergabeverfahren abzustimmen. Damit unterstützt sie die Träger darin, die Qualitätsstandards der BA zu erfüllen und ihre Position in einem sich wandelnden Markt zu sichern.

Im Jahr 2025 standen vor allem die Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente, die finanziellen Rahmenbedingungen und die Transparenz bei der Umsetzung im Vordergrund. Diskutiert wurden u. a. die Zukunft der Berufseinstiegsbegleitung, die Rahmenbedingungen in den Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sowie die Assistierte Ausbildung, insbesondere im Hinblick auf ihre digitale Steuerung und die praktischen Herausforderungen für Träger. Auch die Auswirkungen der vorläufigen Haushalts-

führung 2025 sowie Fragen der Finanzierung und Planungssicherheit für Maßnahmen spielten eine große Rolle.

Ein weiteres zentrales Thema war die Qualitätssicherung. Die Fachgruppe forderte mehr Transparenz bei den Prüfergebnissen der BA, damit Träger ihre Angebote gezielt weiterentwickeln können. Gleichzeitig wurde die zunehmende Bedeutung von Plattformen wie KURSNET und MeinNOW diskutiert, die für die Sichtbarkeit von Angeboten entscheidend sind und in Zukunft stärker reguliert und qualitätsgesichert werden müssen.

Die Fachgruppe hat damit 2025 die zentralen Anliegen der BBB-Mitglieder adressiert, Lösungsansätze aufgezeigt und den Dialog mit der BA und weiteren Partnern geführt. Sie bleibt ein wichtiges Forum für die Positionierung und Weiterentwicklung der Arbeitsmarktdienstleistungen.

zuständiges Vorstandsmitglied



Petra Densborn
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V.
Regionalvorstand CJD Zentrale Büro Berlin

Ansprechpartner



Dennis Sohner
Public Affairs Manager, BBB
E-Mail: dennis.sohner@bildungsverband.com



Bildungsträgertreffen 2025

Träger- und Verbändetreffen der Bundesagentur für Arbeit

Das vierte Quartal 2024 war für die Arbeitsmarktdienstleistungen von besonderer Bedeutung. Zum einen versammelten sich im Oktober die bedeutendsten Bildungsverbände – darunter auch der BBB – zum jährlichen Verbändetreffen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg. Zum anderen prägte die Krise der Ampel-Koalition maßgeblich das politische Geschehen.

Was beim Verbändetreffen noch ungewiss war, später jedoch Gewissheit wurde: Ein Bundeshaushalt für das Jahr 2025 konnte im zurückliegenden Jahr nicht mehr verabschiedet werden. Die daraus resultierende vorläufige Haushaltsführung stellte für zahlreiche Maßnahmen eine erhebliche Herausforderung dar (mehr zu den Bundeshaushalten 2025

und 2026 sowie deren Bedeutung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf Seite 45).

Neben dem Bundeshaushalt 2025 standen weitere zentrale Themen auf der Agenda, die der BBB mit der BA im Rahmen des Treffens in Nürnberg diskutierte. Im Fokus stand insbesondere der Rechtskreiswechsel bei der Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) sowie bei Rehabilitationsmaßnahmen. Seit dem 1. Januar 2025 liegt die Zuständigkeit für Beratung, Bewilligung und Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht mehr bei den Jobcentern (SGB II), sondern bei den Agenturen für Arbeit (SGB III).

Weiterbildungsträger setzen sich insbesondere für einen weiterhin qualitativ hochwertigen Beratungs-, Bewilligungsund Finanzierungsprozess im Sinne der Teilnehmenden ein.
Dabei ist eine enge Abstimmung zwischen Jobcentern und
Agenturen für Arbeit unerlässlich. Die Jobcenter identifizieren weiterhin die Weiterbildungsbedarfe der erwerbsfähigen
Leistungsberechtigten und leiten diese zur Beratung an die
zuständigen Agenturen für Arbeit weiter. Dort wird die Weiterbildungsberatung durchgeführt, die Zugangsvoraussetzungen geprüft sowie die Förderung bewilligt und finanziert.

Bildungsträgertreffen in Nürnberg

Beim jährlichen Bildungsträgertreffen im April 2025 in Nürnberg war der BBB erneut mit zahlreichen Mitgliedsunternehmen vertreten. Bereits am Vorabend kamen Mitglieder des BBB mit Vertreterinnen und Vertretern weiterer Weiterbildungsverbände zu einem Vorgespräch zusammen.

Am Netzwerktag brachte der BBB gemeinsam mit über 20 anwesenden Mitgliedsunternehmen aktiv seine Positionen in die Debatte ein. Eine zentrale Forderung der Weiterbildungsträger: Die Vielzahl an doppelten sowie teilweise unseriösen Angeboten auf KURSNET muss deutlich reduziert werden. Zwar wurde die Gesamtanzahl der Angebote bereits von 11 auf rund 5 bis 6 Millionen gesenkt – dennoch bleibt die "Flut" an teilweise redundanten Einträgen bestehen. Dies stellt ein erhebliches Problem sowohl für Suchende als auch für die große Mehrheit seriöser Anbieter dar. Letztere geraten durch das angezeigte Ranking ins Hintertreffen und werden gegenüber Massenangeboten benachteiligt. Die BA sagte zu, dieses Thema mitzunehmen.

Im Hinblick auf das Weiterbildungsportal "MeinNOW" teilte die BA mit, dass sich die Nutzerzahlen innerhalb eines Jahres um rund 1,9 Millionen auf nunmehr 2,05 Millionen

gesteigert haben. Damit gewinnt "mein NOW" zunehmend an Bedeutung für Weiterbildungsträger.

Eine automatisierte, KI-gestützte Qualitätskontrolle – ergänzt durch eine analoge Prüfung – soll künftig helfen, doppelte oder unzulässige Inhalte zu identifizieren und zu unterbinden. Ziel ist es, das Auswahlverfahren noch transparenter und gerechter zu gestalten.

Laut BA soll das Angebot auf "MeinNOW" künftig durch weitere Kooperationspartner ergänzt werden. Seit August 2025 sind auch abschlussorientierte Formate wie Umschulungen und Teilqualifizierungen vollständig in das Portal integriert – eine erfreuliche Entwicklung auch für die Angebote von MY·TQ.

Prüfergebnisse für Träger transparenter gestalten

Darüber hinaus wurden an verschiedenen Themeninseln zahlreiche weitere Themen diskutiert: Qualifizierung von Beschäftigten, Vergabepraxis, Reha-Ausbildung und der Spracherwerb an der Schnittstelle von BAMF und BA.

Ein wichtiges Anliegen der Bildungsträger war mehr Transparenz bei der Überprüfung von Trägern und Qualifizierungsangeboten. Die Kritik: Nur wenn die Bewertungen auch bei den Trägern ankommen, können diese auf etwaige Schwächen reagieren und ihre Angebote gezielt weiterentwickeln. Die BA signalisierte, dass dieses Anliegen intern erneut aufgegriffen werde – man teile grundsätzlich die Sichtweise der Bildungsträger. Die Themen der Träger wird der BBB weiter konsequent einbringen: beim Verbändetreffen im Oktober 2025, beim nächsten Trägertreffen 2026, aber auch in der täglichen Arbeit. Wir befinden uns im regelmäßigen Austausch mit der BA, um praxistaugliche Lösungen für die Träger zu finden.



Foto © Adobe Stock

Regional im Dialog

Besonders wichtig sind qualitativ hochwertige Qualifizierungen dort, wo der Strukturwandel große arbeitsmarktpolitische Herausforderungen erzeugt – zum Beispiel in Brandenburg oder dem Saarland. Der BBB nimmt diese Herausforderungen zum Anlass, den Strukturwandel in seiner Reihe "Regionaldialog" zu thematisieren und über die Chancen von Qualifizierungsmaßnahmen zu diskutieren.

Bei diesem Format sind die Regionaldirektionen der Arbeitsagentur zu Gast und geben einen Impuls. Im Anschluss können BBB-Mitglieder Fragen stellen, Anregungen geben und Kritik äußern. Der Regionaldialog zum Struktuwandel in Brandenburg fand am 15. Oktober in der BBB-Geschäftsstelle in Berlin statt. Der Regionaldialog in Saarbrücken, an dem auch der Landes-Strukturwandelbeauftragte Dr. Frank Nägele teilnimmt, ist für den 9. Dezember 2025 geplant. Anmeldungen sind über das BBB-Intranet möglich.

Beide Bundesländer stehen vor großen Aufgaben. In der gesamten Lausitz - von Südbrandenburg bis Ostsachsen - hängen rund 24.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab. Der Übergang weg von der Braunkohle hin zur Stärkung anderer Industriezweige - Kunststoff, Chemie, Metall, Energie und andere - ist ein langer Weg. Im Saarland ist die Autoindustrie ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler, an dem globaler Wettbewerb und Transformation nicht spurlos vorbeigehen. Tausende Arbeitsplätze sollen wegfallen.

Zeiten von Umbruch können auch immer Chancen sein - auch das zeigen die beiden Regionen, die beherzt an der industriellen Entwicklung arbeiten. Teil davon ist auch eine hochwertige Qualifizierung bzw. Umschulung von Menschen, die neue Möglichkeiten schafft. Die Dialoge bieten auch Gelegenheit, die Kooperation mit den Regionaldirektionen und damit die Maßnahmedurchführungen zu stärken.

Zwischen Stabilität und Reformbedarf

Entwicklungen bei BerEb, BvB und AsA

Im Februar 2025 fand eine Veranstaltung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu aktuellen Entwicklungen in den Förderinstrumenten BerEb, AhfJ, BvB und AsA statt. Eingangs wurde betont, dass die BA trotz eines erwarteten Defizits von 1,4 Milliarden Euro keine Kürzungen bei den Maßnahmen plane. Diese Aussage wurde seitens der Träger als wichtiges Signal für Stabilität gewertet, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen insgesamt herausfordernd bleiben.

In der Diskussion zur Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) spielte der Bericht des Bundesrechnungshofs eine zentrale Rolle. Dieser kritisierte unter anderem ungenutzte Teilnehmerplätze und eine geringe Eingliederungsquote. Aus Sicht der Träger bleibt jedoch der Mehrwert der Maßnahme bestehen, weshalb die Fortführung durch die BA begrüßt wurde.

Die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) wurden mit Blick auf aktuelle Zahlen und Prüfergebnisse des AMDL thematisiert. Träger hoben positiv hervor, dass die Bildungs- und psychologische Begleitung zentrale Erfolgsfaktoren darstellen. Gleichzeitig wurde auf bestehende Schwierigkeiten hingewiesen: unklare Förderzielbereiche, mangelnde Flexibilität im Personaleinsatz, zunehmende psychische Belastungen bei Teilnehmenden, zu viel Bürokratie.

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf der Assistierten Ausbildung (AsA). Kontrovers diskutiert wurde hier die Einführung der automatisierten Stundenrückgabe im COSACH-System. Träger kritisierten die unzureichende Information und stellten klar, dass Änderungen an der Systemsteuerung nur dann handhabbar sind, wenn sie frühzeitig und transparent kommuniziert werden.

Insgesamt soll AsA stärker sichtbar sein. Geplant sind eine Informationskampagne mit Plakaten, Postkarten und einer sogenannten "Vorteilsübersetzung", um die Maßnahme für junge Menschen greifbarer zu machen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit Berufsschulen und Netzwerkpartnern, wie der Allianz für Aus- und Weiterbildung, ausgebaut und verstetigt werden.

Die von der Hochschule der BA vorgestellte Begleitforschung zur AsA flex bestätigte zudem Erfahrungen aus der Praxis: Teilnehmende berichten von deutlichen Verbesserungen ihrer schulischen Leistungen. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund oder geringen Sprachkenntnissen profitieren. Auch soziale Kompetenzen werden gestärkt, und Ausbildungsbetriebe erleben Entlastung. Gleichzeitig zeigte sich, dass eine stärkere Präsenz der Bildungsdienstleister an Berufsschulen und eine höhere Freistellungsbereitschaft von Unternehmen notwendig bleiben, um die Wirkung der AsA flex zu verstärken.

Insgesamt wurde deutlich, dass die BA an der Weiterentwicklung ihrer Förderinstrumente festhält. Die Diskussionen zeigten, dass die Träger die bestehenden Maßnahmen als grundsätzlich wertvoll erachten, gleichzeitig aber Nachbesserungen in der praktischen Umsetzung einfordern, um junge Menschen beim Übergang in Ausbildung und Beruf noch gezielter unterstützen zu können.



Veranstaltung der Bundesagentur für Arbeit (BA)





Unser politisches Netzwerk

Das politische Umfeld, in dem der Bildungsverband agiert, ist im vergangenen Jahr in Bewegung geraten. Mit der neuen Bundesregierung haben sich unsere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in zentralen Ressorts und Ausschüssen zum Teil verändert. Für uns bedeutet dies, unser politisches Netzwerk neu zu justieren, bestehende Kontakte zu pflegen und neue Verbindungen zu etablieren.

Neues politisches Umfeld und Netzwerkpflege

Besonders erfreulich ist, dass wir weiterhin im engen Austausch mit Natalie Pawlik stehen, die wir zunächst in ihrer Rolle als Bundestagsabgeordnete begleitet haben und die nun als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Verantwortung trägt. Auch der Kontakt zu Bärbel Bas, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir freuen uns bereits jetzt auf den für Februar 2026 anberaumten Termin.

Schwerpunkt Haushalt und Gesetzgebung

Ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit lag auf den Haushaltsverhandlungen. Hierzu stehen wir in Austausch mit Kathrin Michel (SPD), Dr. Yannick Bury (CDU), Leon Eckert (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Tamara Mazzi (Die Linke). In diesen Gesprächen bringen wir die Perspektiven der Weiterbildung und ihrer Akteure in die Debatten um finanzielle Rahmenbedingungen ein.

Darüber hinaus haben wir uns im Kontext des Bundestariftreuegesetzes mit Jan Dieren (SPD) und Wilfried Oellers (CDU) getroffen, um die Auswirkungen des Gesetzesvorhabens auf unsere Mitglieder zu erörtern. Nicht mit allen Politiker:innen sind wir immer einer Meinung - aber jede und jeder von ihnen ist offen für unsere Argumente. Diese konstruktive Zusammenarbeit freut uns sehr!

Ein weiterer zentraler Bestandteil unseres Netzwerkes ist der kontinuierliche Kontakt zu den Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen für Arbeit und Soziales. Mit Annika Klose (SPD), Marc Biadacz (CDU), Armin Grau (Bündnis 90/Die Grünen) und Cansin Kötürk (Die Linke) suchen wir in den kommenden Monaten den Austausch.

Dialog als Brücke zwischen Praxis und Politik

Mit Blick auf die kommenden Monate werden wir unsere politischen Gespräche weiter intensivieren. Unser Anspruch ist es, die Interessen unserer Mitglieder noch deutlicher in die politische Debatte einzubringen und gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträgern bestmögliche Lösungen für die Herausforderungen der Weiterbildung zu entwickeln. Dabei sehen wir unser Netzwerk als Brücke zwischen Praxis und Politik – ein Instrument, das den Dialog fördert, Orientierung bietet und nachhaltige Gestaltung ermöglicht.



FG MY·TQ Präsenztreffen in Gütersloh

Teilqualifizierungen (TQ) haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend als zentrales Instrument der beruflichen Weiterbildung etabliert. Sie sind im Koalitionsvertrag als Maßnahme zur Fachkräftesicherung verankert und gelten als wichtiger Bestandteil der Nationalen Weiterbildungsstrategie. Angesichts des demografischen Wandels und der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in Bereichen wie Pflege, IT, Handel und Logistik gewinnen TQ kontinuierlich an Relevanz.

Der Bildungsverband hat mit dem Standard MY·TQ ein praxisorientiertes und kooperationsbasiertes Modell entwickelt, das seit 2020 gemeinsam mit seinen Mitgliedern erarbeitet und kontinuierlich umgesetzt wird. Das Besondere an MY·TQ ist die standort- und trägerübergreifende Kooperation, die Kursumsetzungen auch dort ermöglicht, wo einzelne Träger Schwierigkeiten hätten, ausreichend Teilnehmende zu gewinnen. Einheitliche Start- und Endtermine, standardisierte Module sowie verbindliche Qualitätsstandards garantieren Transparenz und Verlässlichkeit.

Die begleitende Evaluation, die seit 2021 von der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wird, bestätigt inzwischen die Relevanz und Wirksamkeit dieses Ansatzes. MY·TQ hat sich damit als verlässliches, erprobtes Instrument im Feld der beruflichen Weiterbildung etabliert – ein wichtiges Signal für Politik, Kostenträger und die beteiligten Bildungsanbieter.

Die Fachgruppe MY·TQ

Das Steuerungsorgan der Initiative ist die Fachgruppe MY·TQ. Sie trifft sich regelmäßig, um zentrale Weichenstellungen vorzunehmen, Erfahrungen auszutauschen und Impulse für die Weiterentwicklung zu setzen. Im Berichtszeitraum fanden neben virtuellen Sitzungen mehrere Treffen mit besonderer inhaltlicher Tiefe statt, darunter das Fachgruppentreffen am 21. Januar 2025 bei der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Hier standen eine Marketing-Analyse, Vergleiche mit anderen TQ-Standards sowie die Diskussion

über Zielgruppen im Mittelpunkt. Weitere Sitzungen fanden am 18. März, 16. Mai und 4. Juli 2025 virtuell statt.

Regionale Veranstaltungen und Fachtagungen

Im Berichtsjahr wurde MY·TQ in mehreren öffentlichen Veranstaltungen und Fachdialogen sichtbar gemacht. Diese Formate sind entscheidend, um Kostenträger, Kammern und potenzielle Teilnehmende zu erreichen. Besonders hervorzuheben sind folgende Veranstaltungen:

- Die Fachtagung am 17. Oktober 2025 beim CJD in Berlin-Moabit, bei der der BBB gemeinsam mit Dr. Martin Noack (Senior Expert Betriebliche Bildung und Weiterbildung) die Chancen von TQ im Kontext der Fachkräftesicherung präsentierte.
- Am 15. Januar 2025 fand im Rahmen der Initiative "bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht" eine Informationsveranstaltung im CLUB DIALOG e.V. in Berlin-Wedding statt. Rund 100 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer erhielten dort Einblicke in die Möglichkeiten der Teilqualifizierung und in das MY·TQ-Angebot.
- Am 9. April 2025 beteiligte sich der BBB mit einem Gemeinschaftsstand mehrerer Mitglieder an der Zukunftstag-Messe des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft(BVMW)inBerlin. MY·TQwarSchwerpunktder Gespräche mit Messebesucherinnen und -besuchern.
- Am 25. Juni 2025 wurde MY·TQ auf der Jahrestagung der bag arbeit vorgestellt und in Fachkreisen diskutiert.

Neben Fachveranstaltungen war MY·TQ im Berichtszeitraum auch Teil von bundesweiten und regionalen Aktionswochen. Besonders hervorzuheben sind die BMAS-Aktionswochen im September 2024 und September 2025, an denen sich die Initiative aktiv beteiligte.





Bridge Seminar in Berlin Katja Möwe (Tertia), Claudia Chahor (Club Dialog), Bettisa Moradkhan (BBB), Henze Dirk (cjd), Viktorija Gosovatjuk (gfbm)

Darüber hinaus wurden Erfolgsgeschichten kommuniziert, wie etwa die REWE-TQ, die mit einer Preisträgerin bei den Deutschen Weiterbildungstagen ausgezeichnet wurde. Öffentlichkeitsarbeit erfolgte über Messeauftritte, Präsentationen, Social-Media-Aktivitäten sowie durch kontinuierliche Kommunikation mit Politik und Kostenträgern. Auch wenn MY·TQ derzeit kein starkes Wachstum verzeichnet, trägt die Initiative durch ihre Beständigkeit und Vernetzung dazu bei, Teilqualifizierungen im bildungspolitischen Diskurs sichtbar zu halten.

Evaluation zeigt: Ziele werden erreicht

Die wissenschaftliche Evaluation von MY·TQ wird seit 2021 von der Bertelsmann Stiftung begleitet und im Herbst 2025 veröffentlicht. Sie untersucht die Binnenwirkung für Träger, die Außenwirkung für Teilnehmende und die Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Methodik umfasst qualitative Interviews mit Trägern und Teilnehmenden, ein Teilnehmenden-Monitoring (850 Personen), eine Online-Umfrage mit 216 Teilnehmenden sowie Fallanalysen anhand von Praxisbeispielen. Die Ergebnisse zeigen, dass die wesentlichen Ziele erreicht wurden:

- Aufbau von 20 TQ-Modellen, die inzwischen im Angebot vieler MY·TQ-Mitglieder verankert sind.
- Kooperationen zwischen Trägern wurden erfolgreich erprobt und etabliert.

 Teilnehmende weisen eine hohe Zufriedenheit, geringe Abbruchquoten und überdurchschnittliche Eingliederungsquoten auf. So liegt die Integrationsquote mit 58 % deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer FBW-Maßnahmen (25 %).

Als Herausforderungen benannt wurden die Teilnehmerakquise, der teilweise geringe Bekanntheitsgrad von TQ sowie die Konkurrenz durch etablierte IHK-Zertifikate. Positiv hervorgehoben wurden dagegen die flexible Struktur, die Kooperationspraxis sowie die Bedeutung persönlicher Beratung. Empfohlen wird, diese Stärken künftig noch stärker in der Öffentlichkeitsarbeit herauszustellen.

Partnerschaften weiter vertiefen

Für die kommenden Jahre gilt es, die Empfehlungen der Studie aufzugreifen, die Partnerschaften im Verband zu vertiefen und die Sichtbarkeit bei Politik, Wirtschaft und Kostenträgern zu erhöhen. Auch wenn MY·TQ derzeit nicht auf schnelles Wachstum setzt, zeigt die Initiative, wie durch Kontinuität, Kooperation und klare Standards praxisnahe Weiterbildung im Verband nachhaltig gestaltet werden kann. Damit bleibt MY·TQ ein zentrales Beispiel für die Rolle von Bildungsverbänden in der Fachkräftesicherung.





mytq.de





/my-tq





/mytq.de





/bildungsverband.mytq

Der Expertenkreis Recht

Unser Kompass bei Rechtsfragen

Der Expertenkreis Recht ist ein Gremium aus durch den Vorstand berufenen Juristinnen und Juristen, welches dem Vorstand und die Geschäftsstelle des BBB bei der Klärung rechtlicher Fragen zur Seite steht.

Die Sitzungen des Expertenkreises dienen dazu, neue Gesetzesentwürfe und gerichtliche Urteile zu analysieren sowie die Umsetzung und Auswirkung rechtlicher Vorgaben auf Bildungsträger zu diskutieren. Auch kompliziertere rechtliche Nachfragen von Trägern werden hier berücksichtigt. Im Rahmen von Verbändeanhörungen berät der Expertenkreis die Geschäftsstelle außerdem aktiv bei der Formulierung von Stellungnahmen und Positionspapieren. Unsere Mitglieder profitieren durch sorgfältig ausgearbeitete Einordnungen und Handlungsempfehlungen.

Von A wie Arbeitsrecht bis Z wie Zulassung

Nicht nur die immer knapperen Fristen für Stellungnahmen durch die Ministerien erfordern eine dynamische und flexible Einsatzbereitschaft des Expertenkreises, sondern auch die große Themenvielfalt, die der Bildungsverband in der politischen Interessensvertretung abdeckt.

Die Bandbreite der rechtlichen Fragen, mit denen sich der Expertenkreis im BBB befasst, ist groß und eng mit der inhaltlichen Arbeit der Fachgruppen verwoben. Themen sind u.a. das Bundestariftreuegesetz, die Reform des Statusfeststel-

lungsverfahrens, die Reformen in der Pflegefachassistenzausbildung und bei Pflegekompetenzen. Auch Vorhaben wie die Referentenentwürfe zum Leistungsrechtsanpassungsgesetz oder Anpassungen im SGB XI werden auf ihre Auswirkungen hin überprüft.

Gerichtliche Urteile und Verwaltungsakte

Gerade Gerichtsurteile wie das sogenannte "Herrenberg-Urteil" zur Statusfeststellung sorgen oft für Verunsicherung. Der Expertenkreis war da, um die Auswirkungen des Urteils für die Bildungsträger einzuordnen und die ausführliche Kritik und Position des Verbandes an der Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung bei Statusfeststellungsverfahren zu formulieren. Mit Unterstützung der Expertinnen und Experten konnte sich die Geschäftsstelle erfolgreich für eine Übergangsregelung einsetzen.

Zudem stellte der Expertenkreis konkrete Arbeitshilfen für die Anwendung der Übergangsregelung für Lehrkräfte insbesondere der Einholung der Zustimmungserklärung vor. Aktuell begleitet der Expertenkreis die Auslegung und Anwendung durch die Sozialversicherungsträger und stellt Mitgliedern ihre Einschätzungen zur Verfügung. Nach dem BGH-Urteil zur Anwendung des Fernunterrichtsschutzgesetzes lieferte der Expertenkreis eine Einordnung und trug so dazu bei, die Diskussion um das Urteil zu versachlichen.

zuständiges Vorstandsmitglied



Carmen Grabenhorst
Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der
Träger beruflicher Bildung e.V.
Geschäftführerin DAA Deutsche Angestellten
Akademie GmbH

Ansprechpartnerin



Katharina Paff
Public Affairs Managerin, BBB
E-Mail: katharina.paff@bildungsverband.com

Status von Honorarkräften BBB setzt sich ein für Rechtssicherheit

Sind Honorarkräfte sozialversicherungspflichtig? Entscheidung des Bundessozialgerichts im Juni 2022, das sogenannte Herrenberg-Urteil, sorgte für Verunsicherung in der Bildungsbranche. Viele vormals als selbstständig betrachtete Lehrkräfte galten bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) plötzlich als versicherungspflichtig.

Erfolgreicher Einsatz für eine Übergangsregelung

Der intensive Dialog zwischen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Sozialpartnern und anderen Verbänden - wobei der BBB die Federführung einer der fünf Arbeitsgruppen des BMAS übernahm – führte dazu, dass Bundestag und Bundesrat Anfang 2025 eine Übergangsregelung (§ 127 SGB IV) beschlossen.

Die Übergangsregelung erlaubt es Bildungseinrichtungen und Honorarkräften, seit dem 1. März 2025 bis zum 31. Dezember 2026, vorübergehend von der Sozialversicherungspflicht befreit zu bleiben. Voraussetzung dafür ist, dass die Vertragsparteien bei Vertragsschluss übereinstimmend von einer selbstständigen Lehrtätigkeit ausgegangen sind und die Lehrkraft muss zustimmen, dass bis zum 31. Dezember 2026 keine Versicherungs- und Beitragspflicht aufgrund der Lehrtätigkeit eintritt.

Der hartnäckige Einsatz des BBB in der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden hat sich also ausgezahlt. Bildungsträgern wurde mit der Übergangsregelung entscheidend Zeit und Handlungsspielraum verschafft, um ihre Vertragsverfahren im Rahmen der Übergangsregelung rechtssicher umzugestalten.

Die Übergangsregelung in der Praxis

Die Möglichkeit die Sozialversicherungspflicht für Lehrtätig-

In der konkreten Anwendung und Umsetzung der Regelung gehen in der Praxis allerdings auch Fragen einher. Das betrifft unter anderem die Form und den Zeitpunkt der Zustimmungserklärung sowie ihr Anwendungsbereich bzw. -zeitraum

Im Gegensatz zur juristischen Bewertung (etwa im Rechtsgutachten von Prof. Dr. Jürgen Höser) vertreten die DRV sowie die Spitzenverbände der Sozialversicherung eine teilweise abweichende Auffassung hinsichtlich der konkreten Anwendung. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer klaren und sicheren Ausgestaltung der zukünftigen Verfahren für die Träger der beruflichen Bildung.

Reformpläne der neuen Koalition

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben, Scheinselbstständigkeit zu verhindern und das Statusfeststellungsverfahren zu reformieren. Konkret heißt es dort, dass man eine wirksame Reform des Statusfeststellungsverfahrens anstrebe, um das Verfahren schneller, rechtssicherer und transparenter zu machen. Darüber hinaus ist vorgesehen, Selbstständige in die Altersvorsorge einzubeziehen.

Voller Einsatz für nachhaltige Lösungen

Im politischen Prozess der Neuausrichtung des Statusfeststellungsverfahrens wird sich der BBB für den Erhalt der Honorartätigkeit in der Bildungsbranche stark machen und sich für tragfähige Lösungen einsetzen, die der Realität der Branche gerecht werden. Dafür steht der Bildungsverband Seite an Seite mit Partnern und Verbündeten.





Foto © KI generiert

Umsatzsteuer: Weiter 0 Prozent Ein Erfolg für Bildung und Träger

Mit dem Jahressteuergesetz 2024 hatte die letzte Bundesregierung das deutsche Umsatzsteuergesetz an Europarecht angepasst. Die mit Wirkung zum 1. Januar 2025 erlassenen Änderungen betreffen dabei unter anderem die Steuerbefreiung für Bildungsleistungen in § 4 Nr. 21 UStG.

Der ursprünglich diskutierte Gesetzesentwurf sah Beschränkung der Umsatzsteuerbefreiung ausschließlich für gemeinnützige Bildungsträger vor, was weite Teile der Branche stark belastet hätte. Der ursprünglich geplante Wegfall der Bescheinigung hätte zusätzliche Rechtsunsicherheit ausgelöst. Auf Druck zahlreicher Verbände in der (Weiter-)Bildung, unter maßgeblicher Beteiligung des BBB, wurden diese Pläne jedoch verworfen. Damit konnte ein wichtiger Erfolg für die Gleichbehandlung privater Bildungsdienstleister erzielt werden.

Was sich für Träger beruflicher Bildung ändert

Mit der verabschiedeten Gesetzesänderung des Jahressteuergesetzes zum 1. Januar 2025 bleiben die bislang umsatzsteuerfreien Leistungen der Bildungsträger bestehen. Eine wichtige Neuerung betrifft die erforderliche Bescheinigung. Ob eine Bildungsdienstleistung umsatzsteuerbefreit ist, entscheidet auch künftig eine Bescheinigung der zustän-

digen Landesbehörde. Mit der Gesetzesänderung wurde allerdings der Inhalt dieser Bescheinigung geändert und an die Terminologie des europäischen Rechts angeglichen.

Bisher war eine Bescheinigung daran geknüpft, dass die jeweilige Einrichtung nachweist, dass ihre Bildungsangebote auf einen Beruf oder eine abzulegende Prüfung ordnungsgemäß vorbereite.

Ab dem 01.01.2025 gilt die neue Fassung, wonach private Schulen und andere allgemeinbildende oder berufsbildende Einrichtungen von der Umsatzsteuer befreit sind, wenn die zuständige Landesbehörde bescheinigt, dass sie Schulunterricht, Hochschulunterricht, Ausbildung, Fortbildung oder berufliche Umschulung erbringen. Damit erweitert sich im Vergleich zu der alten Fassung der Anwendungsbereich der Steuerbefreiung auf weitere Bildungsleistungen.

Wie geht es weiter?

Für die Praxis bleibt entscheidend, wie die die neuen Vorgaben durch das Jahressteuergesetz und im Bescheinigungsverfahren konkret umgesetzt werden. Der BBB wird den Prozess für Träger beruflicher Bildung weiter kritisch begleiten.



Die Bundeshaushalte 2025 und 2026 geben Anlass zur Hoffnung, dass die Bundesregierung die Eingliederungsarbeit ernst nimmt. Nur wenn ausreichend Mittel bereitstehen, können arbeitslose Menschen durch Qualifizierung und Vermittlung in Arbeit gebracht werden.

Bundeshaushalt 2025/2026: Mehr Mittel für Eingliederung und Qualifizierung

Nachdem die Ampel-Regierung unter Finanzminister Christian Lindner für den Haushalt 2025 noch massive Kürzungen im Eingliederungstitel vorgesehen hatte (von 4,15 Mrd. Euro auf 3,7 Mrd. Euro), scheint Schwarz-Rot die Strategie zu ändern: mehr Geld für Eingliederung und Integration in den Arbeitsmarkt. Für 2025 wurden 4,1 Mrd. Euro beschlossen, für 2026 sind 4,7 Mrd. Euro eingeplant.

Diese Erhöhungen sind wichtig – aber auch bitter nötig. Stiegen die Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen über das SGB II von 2015 bis 2019 pro förderbedürftiger Person noch an, sank die Förderquote in den Folgejahren (auch Corona-bedingt). Es bleibt zu hoffen, dass die Kehrtwende nun vollzogen ist. Wer Menschen nachhaltig in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen will, darf nicht an Qualifizierung sparen.

Planungssicherheit für Sprach- und Integrationskurse, aber weiterhin Handlungsbedarf

Bei Berufssprach- und Integrationskursen haben Träger nun Planungssicherheit: Für Berufssprachkurse sind für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 450 Millionen Euro eingeplant, für Integrationskurse 1,08 Mrd. Euro bzw. 953 Mio. Euro. Natürlich bringt sich der BBB in die Verhandlungen ein, um eine starke finanzielle Basis zur Förderung von Qualifizierung und Vermittlung zu erreichen.

Dazu gehört auch, dass Verwaltung und Qualifizierung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Es braucht eine ausreichend ausgestattete Verwaltung. Das darf aber nicht dazu führen, dass laufend in den Eingliederungstopf gegriffen wird und zu wenige Mittel für die Eingliederung verbleiben. Das schafft Unsicherheit unter den Trägern, die mit viel Leidenschaft Menschen weiterbilden und in Arbeit vermitteln. Vor allem gefährdet es das Ziel der Regierung: Beschäftigung rauf, Arbeitslosenzahlen und Ausgaben für Arbeitslosengeld runter.

Auch die Bundesagentur für Arbeit muss ambitioniert bleiben. Die Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen (Weiterbildung, Aktivierungsmaßnahmen, assistierte Ausbildung etc.) waren zuletzt gestiegen. Die Ausgaben pro förderbedürftiger Person bleiben aber auf mäßigem Niveau. Die Pandemiejahre 2020 und 2021 bildeten eine Ausnahme mit Ausgaben von über 40.000 Euro pro Person. Insgesamt bewegen sich die Ausgaben aber konstant auf etwa 16.000 Euro. Hier braucht es eine Akzentverschiebung der Bundesagentur für Arbeit. Qualifizierung steigert die Beschäftigung, was wiederum dem Bundeshaushalt (Steuern) und der BA (Beiträge) zugutekommt.

Damit das gelingt, muss die BA ihre Digitalisierungsstrategie konsequent weiterführen. Wenn die Verwaltung mit weniger Mitteln auskommt, schafft dies mehr Spielräume für Qualifizierung – und damit Beschäftigung.

Brückenbauer zwischen Politik, Bildung und Gesellschaft



10. Deutscher Weiterbildungstag



Digitale Transpormation Fachgruppentreffen





BBB-Mitgliederversammlung 2024











Messe





Veranstaltungen

NRW Abend mit Bärbel Bas









Foto © Adobe Stock

Die Pläne der Regierung

Weiterbildung als Schlüssel für Wohlstand, Wachstum und Zukunftskompetenzen stärken!

Für die Weiterbildungsbranche war es eine gute Nachricht, dass nach monatelanger Hängepartie eine neue Bundesregierung die Arbeit aufnimmt. Die Verabschiedung der Bundeshaushalte 2025 und 2026 schafft die dringend benötigte Planungssicherheit.

Die wertschätzenden Worte für die Bedeutung von Weiterbildung machen der Branche Hoffnung: Der Koalitionsvertrag unterstreicht die Rolle der Weiterbildung als tragende Säule für Wohlstand, wirtschaftliches Wachstum und den Erwerb zukunftsweisender Kompetenzen. Allerdings: Worten müssen Taten folgen. In den kommenden Monaten und Jahren wird es entscheidend sein, die in der Koalitionsvereinbarung angelegten Potenziale für die Weiterbildungsbranche gezielt zu erschließen und in die Praxis umzusetzen.

Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen

Eine wichtige Säule ist die berufliche Eingliederung im Bereich SGB II. Die Koalitionspartner bekennen sich ausdrücklich dazu, "sicherzustellen, dass die Jobcenter für die Eingliederung ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen". Der BBB setzt sich dafür ein, dass die Jobcenter sowohl ausreichend Geld für die Verwaltung als auch für die Qualifizierung und Vermittlung von erwerbslosen Menschen erhalten. Die Eingliederungsmittel dürfen nicht zweckentfremdet werden, sondern müssen dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden: in der Qualifizierung.

,Vermittlungsvorrang': Qualifizierung nicht schwächen!

Der konkrete Stellenwert der Qualifizierung im arbeitsmarktpolitischen Instrumentarium der neuen Bundesregierung bleibt derzeit noch offen. Der BBB mahnt an, dass die im Koalitionsvertrag betonte Stärkung der Arbeitsvermittlung und die Reform des Bürgergeldes keinesfalls zu einer Reduzierung der Weiterbildungsangebote führen darf. Angesichts der dynamischen Veränderungen am Arbeitsmarkt ist der Erwerb zusätzlicher Qualifikationen von wachsender Bedeutung – sowohl zur Verbesserung der individuellen Beschäftigungschancen als auch zur nachhaltigen Prävention von Arbeitslosigkeit.

Die angekündigte Überprüfung und Anpassung "aller bisherigen Instrumente und Strukturen der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter" muss daher im Sinne einer Qualitätssteigerung erfolgen und darf keinesfalls die Zugänglichkeit zu Qualifizierungsmaßnahmen einschränken.

AZAV reformieren - Träger entlasten

Mit Blick auf die bevorstehende Reform der Akkreditierungsund Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) wird sich der BBB dafür starkmachen, dass eine Entbürokratisierung der Zertifizierungspraxis tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung der Bildungsträger führt und gleichzeitig die Wettbewerbsfairness gewahrt bleibt. Seriöse und qualitätsorientierte Anbieter gilt es besonders zu schützen.

Digitalpakt für "Weiterbildung der Zukunft"

Positiv zu bewerten ist die geplante Einrichtung eines Digitalpakts Weiterbildung. Weiterbildung betrifft alle Bürgerinnen und Bürger, und die Digitalisierung prägt alle Lebensund Arbeitsbereiche. Daher ist es folgerichtig, die digitale Transformation der Bildungslandschaft – analog zum "Digitalpakt Schule" – auch auf den Bereich der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung auszuweiten. Der BBB wird sich für eine angemessene finanzielle Ausstattung des Digitalpakts einsetzen und die Interessen seiner Mitglieder aktiv in die Ausgestaltung einbringen. Ein entsprechendes Positionspapier haben wir bereits veröffentlicht.

Berufliche Anerkennung vereinfachen

Die geplante Verstetigung der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung für Personen mit ausländischen Berufsabschlüssen ist ein wichtiger Schritt für die Fachkräftesicherung. Die angekündigte Vereinfachung der Anerkennungsverfahren bietet weiteres Potenzial. Der BBB fordert, die Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie ausdrücklich mit einer Stärkung der Säule "Weiterbildung" zu verbinden.

Mehr Berufssprachkurse - dafür braucht es auch: Geld

Der BBB begrüßt die im Koalitionsvertrag vorgesehene Ausweitung der Berufssprachkurse sowie das Ziel, die Integration Geflüchteter durch eine Kombination aus Arbeitserfahrung, berufsbegleitendem Spracherwerb und Qualifizierung nachhaltig zu fördern. Allerdings: Diese Maßnahmen müssen langfristig finanziell abgesichert werden. Daran muss sich die Regierung messen lassen.

Unterstützung junger Menschen

Gleiches gilt für die Unterstützung junger Menschen auf dem Weg in Ausbildung und Beruf. Die angekündigte "Qualifizierungsoffensive" sowie die Stärkung der frühen Berufsorientierung sind zentrale Instrumente, um allen Jugendlichen einen erfolgreichen Übergang von der Schule in Ausbildung und weiterführende Qualifizierung zu ermöglichen.

Teilqualifikationen als nachhaltiges Instrument

Die ausdrückliche Nennung von Teilqualifikationen im Koalitionsvertrag wird vom BBB ausdrücklich begrüßt. Personen über 25 Jahren ohne Berufsabschluss sollen durch "abschlussorientierte Teilqualifikationen" nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Damit wird ein Ansatz gestärkt, den der BBB mit MY·TQ seit Jahren verfolgt: Teilqualifikationen nicht nur als Vorstufe zu einem Berufsabschluss zu verstehen, sondern als modulare und arbeitsmarktorientierte Aufstiegsperspektive.

Rechtssicherheit im Statusfeststellungsverfahren

Die geplante Reform des Statusfeststellungsverfahrens muss Rechtssicherheit für Weiterbildungsträger und ihre Beschäftigten gewährleisten. Der BBB setzt sich dafür ein, dass freiberufliche Tätigkeitsformen – etwa als Dozent:in, Sprachlehrer:in oder Coach – erhalten bleiben und Arbeitsmarktdienstleistungen sowie Sprachkurse mindestens auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden können.



Die strategische Bedeutung beruflicher Bildung reicht weit über nationale Zuständigkeiten hinaus. Sie ist ein Schlüsselfaktor für die Zukunftsfähigkeit Europas. Initiativen wie die Union of Skills der Europäischen Kommission zielen darauf ab, die Kompetenzentwicklung in der gesamten EU zu verbessern. Der BBB setzt bei dem Thema ebenfalls auf die enge Zusammenarbeit, starke Netzwerke und den kontinuierlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg.

"Wir müssen dafür sorgen, dass berufliche Bildung auf allen Ebenen der Politik sichtbar ist, geschätzt und unterstützt wird", betont Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender des BBB und Präsident des EVBB. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Europäischen Verband Beruflicher Bildungsträger (EVBB), dem Bundesverband Berufsbildung International (BvBBI) sowie der Bildungsallianz des Mittelstands beraten und erörtern die Verbände neue Impulse für die europäische Bildungspolitik.

Kooperationsvereinbarung mit dem EVBB

Am 2. Juni 2025 unterzeichneten der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) und der Europäische Verband Beruflicher Bildungsträger (EVBB) in Brüssel ein bedeutendes Memorandum of Collaboration. Mit dieser Absichtserklärung bekräftigen und formalisieren beide Verbände ihre enge Partnerschaft und ihr gemeinsames Engagement für ein starkes, vernetztes Berufsbildungssystem in Europa. Ziel ist es, Berufsbildungsanbieter europaweit zu vernetzen und Kapazitäten zu stärken. Gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen sollen die Sichtbarkeit des Themas voranbringen.

Im Rahmen der Kooperation wird BBB-Mitgliedern ein direkter Zugang zu den europäischen Netzwerken und Wissen des EVBB ermöglicht. Damit bündeln beide Verbände ihre Ressourcen und verbessern den Informationsfluss und die Zusammenarbeit an Projekten. Die neue Partnerschaft erleichtert BBB-Mitgliedern den Zugang zu europäischen Strukturen und hilft bei der Suche nach Projektpartnern.

Großes Interesse bei der Auftaktveranstaltung

Am 18. Juni 2025 kamen rund 30 Mitglieder zur digitalen Auftaktveranstaltung des BBB und des EVBB zusammen. Theodor Grassos, Generalsekretär des EVBB, gab Teilnehmenden Einblicke in die Arbeit des Verbandes und Fördermöglichkeiten der EU unter dem Erasmus+ Programm.

Die Erfahrungen mit EU-Projekten sind unter den BBB-Mitgliedern unterschiedlich, aber Neugier und Interesse an einem kontinuierlichen Dialog verbinden alle. Zahlreiche erfolgreiche Projekte sprechen für sich und veranschaulichen, wie europäische Förderung zur Entwicklung praxisrelevanter Lösungen und Innovationen bei Trägern beruflicher Bildung beitragen kann. Europainteressierte Mitglieder informiert der BBB künftig über Förderaufrufe und Projektpartnersuchen.

Berufliche Bildung im Fokus der EU

Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der EU setzt die Europäische Union mit politischer Priorität auf die berufliche Bildung. Die Europäische Kommission hat im Juli 2025 ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 vorgelegt, wobei sie den Ausbau des Erasmus+ Programms plant.

Aufbruch Mittelstand BBB setzt Zeichen für Weiterbildung

Mit dem Buch "Aufbruch Mittelstand – Eine Zukunftsvision für die deutsche Wirtschaft" legt der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) ein Werk vor, das zentrale Impulse für die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland bündelt. Namhafte Vertreter:innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik kommen hier zu Wort, um aufzuzeigen, wie der Mittelstand die großen Transformationen – von Digitalisierung über Dekarbonisierung bis hin zu Demografie und Globalisierung – erfolgreich gestalten kann.

Der Bildungsverband ist stolz, sich u.a. durch seine Mitglieder mit mehreren Beiträgen an diesem Zukunftsbuch beteiligt zu haben:

- "Zeitenwende am Arbeitsmarkt: Wie der Mittelstand vom Wandel profitieren kann" von Thiemo Fojkar (Vorstandsvorsitzender des BBB und Vorsitzender des Vorstandes des Internationalen Bundes)
- "Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems" von Sören Kosanke (Geschäftsführer, BBB)

- "MY·TQ Die Wende in der Aktivierung geringqualifizierter Menschen" von Normen Niebuhr (MySchool) und Reiner Engel (Tertia)
- "Demografischer Wandel: Babyboomer als Herausforderung der Fachkräftesicherung" von Carsten Hübscher (Internationaler Bund)

Diese Beiträge verdeutlichen: Weiterbildung ist kein Randthema, sondern ein zentraler Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des Mittelstands. Sie bildet – neben Schule, Ausbildung und Hochschule – die vierte Säule des Bildungssystems und muss dementsprechend stärker politisch wie gesellschaftlich verankert werden.

Für den BBB bedeutet die Beteiligung am "Aufbruch Mittelstand" mehr als nur Sichtbarkeit. Sie steht für den Anspruch, die Perspektive der Weiterbildungsträger in den gesamtwirtschaftlichen Diskurs einzubringen – und die entscheidende Rolle von Bildung und Qualifizierung in der Transformation der Arbeitswelt sichtbar zu machen.



Foto © Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Hier geht's zum Buch:









Mitgliedschaften und mit anderen



Die enge Kooperation mit anderen Verbänden und Organisationen gehört zu den Grundpfeilern der Arbeit des Bundesverbands der Träger beruflicher Bildung e. V. (BBB). Als Spitzenverband der Weiterbildungsträger in Deutschland bündeln wir unsere Kräfte mit Partnern, die ähnliche Ziele verfolgen, um unsere bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen voranzubringen und unsere Position im politischen Diskurs zu stärken.



Unser Engagement endet nicht national. Auch im europäischen Kontext sind wir in Netzwerken aktiv, die den Austausch zwischen Bildungsträgern, die Integration von Menschen in Arbeit und die Kooperation mit Arbeitgebern fördern. Diese internationale Arbeit ist unverzichtbar, um die Herausforderungen einer zunehmend global vernetzten Bildungslandschaft zu bewältigen und gleichzeitig die Interessen deutscher Bildungsträger auch über die Landesgrenzen hinaus wirksam zu vertreten.



FORUM

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt: Gemeinsames Handeln und abgestimmte Kommunikation in Allianzen und Verbünden erhöhen die Reichweite und Wirksamkeit unserer Anliegen deutlich. Deshalb werden wir diese Zusammenarbeit nicht nur fortsetzen, sondern gezielt ausbauen.













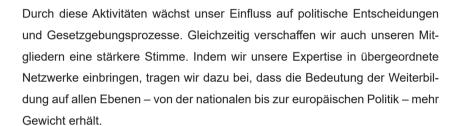






Zusammenarbeit Verbänden

So stellen wir sicher, dass der BBB und seine Mitgliedsunternehmen in Politik und Öffentlichkeit noch sichtbarer werden und die berufliche Weiterbildung in Deutschland nachhaltig gestärkt wird.



Über die Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden und Organisationen hinaus kooperiert der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) in einem engen Verbund mit der Bundesarbeitsgemeinschaft bag arbeit, dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. (EFAS) sowie dem Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) zusammen. Gemeinsam vertreten diese vier Organisationen mehr als 80 Prozent der Unternehmen im Bereich betriebliche und private Weiterbildung, berufliche Erwachsenenbildung, Arbeitsmarktdienstleistungen sowie Beschäftigungsangebote.



bag arbeit



Deutsches Institut für Erwachsenenbildung Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen















Prof. Dr. Martin Wortmann (Bildungsallianz), Thiemo Fojkar (BBB), Prankraz Männlein (VLB), Prof. Dr. Jürgen Krahl (TH OWL) Jürgen Böhm (Bildungsministerium ST)

Zukunftstag Mittelstand 2025 Bildung schafft Wertschöpfung

Der Zukunftstag Mittelstand, organisiert vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), ist eine der zentralen Veranstaltungen für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland. Er widmet sich den Themen Innovation, Digitalisierung, Fachkräftesicherung und Transformation des Mittelstands.

Am 9. April 2025 fand die Messe genau wie voriges Jahr in der Station Berlin statt. Über 6.000 Besucher:innen nutzten das vielfältige Programm aus Vorträgen, Paneltalks, Workshops und Networking-Angeboten.

Der BBB war in diesem Jahr gemeinsam mit dem Internationalen Bund (IB) und der Bildungsallianz des Mittelstands als Teil der Bildungsmeile vertreten. Unter dem Slogan "Bildung: ein Wertschöpfungsprozess" präsentierten die Kooperationspartner ihre Aktivitäten und Projekte auf benachbarten Ständen. Ergänzt wurde der Auftritt durch eine von der Bildungsallianz organisierte Podiumsdiskussion.

Diskussion, Information, Netzwerken

Darüber hinaus beteiligte sich unser Vorstandsvorsitzender Thiemo Fojkar auf der Impact Stage am Panel "Unternehmerische Verantwortung für unser Land: Wie viel Mittelstand steckt im freiwilligen Engagement?".

Am Gemeinschaftsstand des BBB wirkten gleich mehrere Mitgliedsunternehmen mit: Akademie für Beruf & Karriere, Brainymotion, Deutscher Weiterbildungstag, Franklin Institute, Lecturio, quatraCare, Tertia und WBS Training.

Der Zukunftstag Mittelstand bot dem BBB erneut die Möglichkeit, seine Positionen sichtbar zu machen, die Bedeutung von Bildung als Wertschöpfungsprozess zu unterstreichen und den Austausch mit Politik, Wirtschaft und Mitgliedsunternehmen zu fördern. Besonders wertvoll war zudem, dass wir die beteiligten Mitgliedsunternehmen persönlich kennenlernen und die Zusammenarbeit im Netzwerk weiter vertiefen konnten: ein Gewinn für alle Beteiligten.

Ausblick: Noch mehr Sichtbarkeit für die Bildung

2026 wird der BBB wieder als Aussteller beim Zukunftstag Mittelstand dabei sein. Gemeinsam mit unseren Partnern planen wir, den Auftritt noch größer und vielfältiger zu gestalten. Ziel ist es, die Sichtbarkeit von Bildung als zentralem Erfolgsfaktor für den Mittelstand weiter zu stärken und die Vernetzung mit Politik, Wirtschaft und Mitgliedsunternehmen auszubauen.



10. Deutscher Weiterbildungstag Im Fokus: Future Skills - Ministerin Bas betont Bedeutung von Weiterbildung

Das Thema Future Skills prägte den 10. Deutschen Weiterbildungstag. Am 17. September 2025 kamen viele Gäste aus der Weiterbildungsbranche und der Politik ins Berliner Hans-Böckler-Haus. Um zu netzwerken und die Bedeutung der Weiterbildung noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Diese Bedeutung zeigt sich an der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Weiterbildung nimmt inzwischen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen hohen Stellenwert ein. Das Jubiläum stand unter dem Motto "Weiterbildung braucht Priorität. Future Skills – Gemeinsam das Morgen gestalten" und richtete den Blick auf die zentrale Frage, wie Menschen und Unternehmen in Zeiten von Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischem Wandel zukunftsfähig bleiben können. Der Weiterbildungstag bot dazu eine Plattform, um den Dialog zwischen politischen Entscheidungsträger:innen, Verbänden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft zu fördern und konkrete Lösungsansätze zu diskutieren.

Ein Schwerpunkt lag auf den Future Skills, die künftig für Beschäftigte aller Branchen unverzichtbar sind. Digitale Basiskompetenzen, Daten- und KI-Kompetenz wurden ebenso behandelt wie gesellschaftliche Aspekte von Weiterbildung – etwa die Rolle für Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Die Fachkräftesicherung war ein zentrales Thema: Weiterbildung ist ein Schlüsselinstrument, um Qualifikationsdefizite zu verringern, berufliche Übergänge zu erleichtern und Unternehmen innovationsfähig zu halten.

Ein weiterer Höhepunkt des Tages war die Auszeichnung der diesjährigen "Vorbilder der Weiterbildung", die mit ihren persönlichen Geschichten und Initiativen auf beeindruckende Weise zeigten, welchen Unterschied Weiterbildung für individuelle Biografien und die Gesellschaft machen kann.

Der BBB war von Beginn an der Vorbereitung des Weiterbildungstages beteiligt und gestaltete als Mitglied im Veranstalterausschuss den Ablauf aktiv mit.





Neue BBB-Intranet für Mitglieder Plattform für Information und Austausch

Seit September 2024 hat der Bildungsverband seine Mitgliederkommunikation auf eine zentrale Intranet-Plattform umgestellt. Dieser Schritt zeigt, dass wir Digitalisierung nicht nur diskutieren und begleiten, sondern sie auch innerhalb des Verbandes konsequent leben. Das Ziel: Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern effizienter, transparenter und strukturierter zu gestalten.

Ein zentrales Werkzeug für alle Mitglieder

Das Intranet steht sämtlichen Mitgliedsunternehmen des BBB und ihren Mitarbeitenden zur Verfügung. Es bündelt alle relevanten Informationen an einem Ort und macht den Austausch deutlich einfacher. Statt verstreuter E-Mails oder verschiedener Systeme finden Mitglieder nun in einer übersichtlichen Plattform alles, was für die Arbeit mit und im Verband relevant ist.

Besonders geschätzt wird die Vielfalt der angebotenen Module, die wir gezielt auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder abgestimmt haben:

- Meldungen: Aktuelle Rundschreiben und Ankündigungen sorgen dafür, dass alle stets auf dem neuesten Stand sind.
- Veranstaltungen: Hier können Termine abgerufen, An- und Abmeldungen verwaltet und wichtige Informationen zu Events nachgelesen werden.
- Dokumente: Eine klare Struktur für Dateien, Protokolle und Bilder sorgt für eine bessere Organisation und ermöglicht flexible Zugriffsrechte.
- Termine: Ein Kalender gibt einen schnellen Überblick über alle wichtigen Verbandstermine inklusiv er aller relevanten Dokumente.
- Umfragen: Mitglieder können Feedback geben,
 Themen priorisieren oder sich an Abstimmungen beteiligen.

Zudem sind wir dabei, einen FAQ-Bereich mit Antworten auf

häufig gestellte Fragen aufzubauen.

Unterstützung für neue Mitglieder

Damit sich neue Mitglieder schnell zurechtfinden, bietet der Verband jeden letzten Freitag im Monat ein digitales Onboarding an. Hier können Einsteiger:innen die Plattform kennenlernen, offene Fragen klären und auch erfahrene Nutzer:innen ihr Wissen auffrischen. Dieses Angebot trägt dazu bei, dass das Intranet aktiv genutzt wird und in der täglichen Praxis einen echten Mehrwert bietet.

Fazit nach einem Jahr Nutzung

Nach einem Jahr zeigt sich klar: Die Umstellung auf das Intranet hat die Kommunikation mit unseren Mitgliedern vereinfacht, die Datenablage verbessert und für mehr Struktur gesorgt. Diese Einschätzung teilen auch unsere Mitglieder, die uns in ihrem Feedback regelmäßig bestätigen, dass die Plattform den Austausch und die Zusammenarbeit erheblich erleichtert.

Bei Fragen und Anregungen rund ums Intranet können Sie sich an bbb@bildungsverband.info wenden.



Beantragen Sie hier Ihren Zugang:



Zugang zum Intranet für Mitglieder:



Finanzbericht 2024

Im Geschäftsjahr 2024 erzielte der Bildungsverband Einnahmen in Höhe von 486.610 EUR. Diese lagen damit über dem Vorjahresniveau (426.556 EUR). Ausschlaggebend war vor allem der Anstieg bei den Zuschüssen und sonstigen Einnahmen (95.874 EUR gegenüber 49.210 EUR), der im Wesentlichen auf eine Veränderung im Mietverhältnis zurückzuführen ist. Durch den Umzug wechselte der Verband von der Rolle des reinen Untermieters in die eines Untermieters, der nun selbst Teile der angemieteten Fläche weitervermietet. Die dadurch entstehenden Posten schlagen sich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben nieder, ohne die tatsächliche Belastung wesentlich zu verändern.

Die Mitgliedsbeiträge (inkl. Aufnahmegebühren) entwickelten sich ebenfalls positiv und stiegen auf 390.736 EUR (Vorjahr: 377.347 EUR). Eigentlich hätten 2024 sowohl für den Bildungsverband als auch für die Zweckgemeinschaft deutlich höhere Beiträge vereinnahmt werden können. Aufgrund einer buchhalterischen Panne konnten säumige Beiträge erst gegen Jahresende erneut eingefordert werden. Die Zahlungen sind daraufhin zwar erfolgt, teilweise aber erst Anfang 2025 eingegangen, darunter auch sehr hohe Beträge. Diese werden sich im nächsten Jahresbericht als deutlicher Aufwuchs zeigen, konnten jedoch aus buchhalterischen Gründen im Jahr 2024 nicht berücksichtigt werden. Für die Liquidität war dies zu keiner Zeit ein Problem, da die Gesamtfinanzlage des Verbands gesichert war. Dem standen Ausgaben von 504.892 EUR gegenüber (Vorjahr: 431.877 EUR). Größte Posten waren die Personalkosten mit 273.771 EUR (Vorjahr: 255.949 EUR) sowie

die **übrigen Ausgaben** mit 225.088 EUR (Vorjahr: 170.485 EUR). Die Steigerung der übrigen Ausgaben resultiert im Wesentlichen aus der deutlich intensivierten Arbeit der Geschäftsstelle: mehr Fachgruppen, mehr Veranstaltungen, zusätzliche Reisekosten und nicht zuletzt die allgemeine Preisentwicklung. Die **Abschreibungen** bewegten sich mit 6.033 EUR auf Vorjahresniveau.

Das Geschäftsjahr des Bildungsverbands schloss mit einem negativen Ergebnis von -18.282 EUR (Vorjahr: -5.321 EUR). Dieses Defizit ist in erster Linie auf die verspätet verbuchten Mitgliedsbeiträge zurückzuführen. Würden die im Januar 2025 eingegangenen Beiträge in die Betrachtung einbezogen, ergäbe sich für 2024 bereits ein deutlich positives Ergebnis. Unter Berücksichtigung dieses Umstands ist das ausgewiesene Defizit im Kern als rote Null zu bewerten. Für die Zweckgemeinschaft (ZG) ergaben sich im Jahr 2024 Einnahmen von 18.103 EUR (Vorjahr: 22.068 EUR). Dem standen Ausgaben von 27.863 EUR gegenüber (Vorjahr: 2.074 EUR). Daraus resultiert ein negatives Ergebnis von -9.761 EUR, nachdem im Vorjahr noch ein positives Ergebnis von 19.994 EUR erzielt wurde.

Die höheren Ausgaben sind vor allem auf eine bereits 2023 veranlasste, aber erst 2024 wirksam gewordene Ausgabe sowie auf gestiegene Reise- und Veranstaltungskosten im Rahmen der begonnenen Sondierungsverhandlungen mit den Gewerkschaften zurückzuführen. Grundsätzlich folgt die Zweckgemeinschaft damit ihrem Zweck, in ruhigeren Jahren Mittel anzusparen, um sie in Verhandlungsjahren gezielt einzusetzen.

	BBB-Geschäftsjahr	BBB-Vorjahr	ZG-Geschäftsjahr	ZG-Vorjahr 2023 EUR
	2024 EUR	2023 EUR	2024 EUR	
Einnahmen	486.610	426.557	18.103	22.068
Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren	390.736	377.347	18.103	22.068
Zuschüsse und sonstige Einnahmen	95.874	49.210	0	0
Ausgaben	504.892	431.877	27.863	2.074
Abschreibungen	6.033	5.444	0	0
Personalkosten	273.771	255.949	0	0
Übrige Ausgaben	225.088	170.485	27.863	2.074
Ergebnis	-18.282	-5.321	-9.761	19.994

Digitale Sichtbarkeit und Kommunikation

Folgt uns!

neue Follower:innen
+743

Impressions 62.708

Website Aufrufe

Auch 2024 und 2025 hat der Bildungsverband seine digitale Kommunikation weiterentwickelt und professionalisiert. Die Optimierung unserer digitalen Präsenz unterstützt die Informationsverbreitung, stärkt die Sichtbarkeit und fördert die Vernetzung mit Mitgliedern, Politik und Fachöffentlichkeit.

Website: Strukturierter, nutzerfreundlicher, aktueller

Unsere Website haben wir umfassend überarbeitet. Ziel war eine bessere Orientierung für die Besucher:innen und klarere inhaltliche Struktur. Die neue Side Bar erleichtert den Zugriff auf Imagebroschüre, Intranet und Kontakte.

Inhalte haben wir neu geordnet: Fachgruppen, Stellungnahmen und aktuelle Beiträge sind nun einfacher auffindbar.

Im Zeitraum von 10.2024 bis 09.2025 wurden 30 neue Beiträge veröffentlicht – darunter Rückblick zur Veranstaltungen, Stellungnahmen und wichtige Themen.

LinkedIn: Wachstum durch Relevanz

LinkedIn bleibt unser wichtigster Kanal für öffentliche Kommunikation. Durch regelmäßige Beiträge, Veranstaltungsrückblicke und Einblicke in unsere Facharbeit konnten wir die Reichweite deutlich ausbauen.

- Zuwachs an Follower:innen: +743 neue Personen im Vergleich zum Vorjahr.
- Impressions insgesamt: 62.708 organische Reichweite.
- Höchstreichweite eines Beitrags: Bildungsträgertreffen 2025 mit 5.631 Impressions.
- Engagement: Zunehmende Interaktion durch Kommentare, geteilte Inhalte und persönliche Verlinkungen.

Fazit

Durch regelmäßige Veröffentlichungen auf der Website und die gezielte Nutzung von LinkedIn konnten Reichweite und Interaktion erneut gesteigert werden. Diese Erfolge bestätigen den Wert einer starken Online-Präsenz und bilden die Grundlage für unsere künftigen digitalen Kommunikationsstrategien.









Hier sehen Sie die BBB-Imagebroschüre

Werden Sie Teil des BBB Gemeinsam Zukunft gestalten!



Unsere Mitgliedsunternehmen leisten einen entscheidenden Beitrag zur Zukunft der beruflichen Bildung in Deutschland. Jedes Jahr unterstützen sie Tausende von Menschen mit qualitätsgeprüften Aus- und Weiterbildungen und verbessern so deren berufliche Chancen nachhaltig. Als Mitglied im Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) sind Sie Teil einer starken Gemeinschaft, die sich für hohe Qualitätsstandards, faire Rahmenbedingungen und die Förderung der beruflichen Weiterbildung engagiert.

Unsere Mission ist es, die gemeinsamen Interessen der Träger beruflicher Bildung zu formulieren, den Austausch zu fördern und unsere Mitglieder in unternehmens-, bildungs- und sozialpolitischen Fragen zu beraten und zu koordinieren. Dabei stehen Sie als Mitglied immer im Mittelpunkt!

Ihre Vorteile auf einen Blick:

- Vernetzung und Austausch: Werden Sie Teil eines starken Netzwerks und profitieren Sie von einem umfassenden Austausch mit anderen Bildungsträgern.
- Unterstützung und Beratung: Erhalten Sie exklusive Informationen und Beratung in allen relevanten Fragen rund um die berufliche Weiterbildung.
- Einfluss nehmen: Nehmen Sie über den Verband aktiv Stellung zu Gesetzesvorhaben und mischen Sie sich über uns in Haushaltsverhandlungen ein.
- Tarifvertrag gestalten: Bringen Sie Ihre Positionen aktiv in die n\u00e4chsten Tarifverhandlungen ein, indem Sie der Zweckgemeinschaft beitreten!
- Kostenfreie MY·TQ-Partnerschaft: Profitieren Sie über Kooperationen mit anderen Bildungsträgern von innovativen TQ-Maßnahmen.
- Flexible Beitragsstruktur: Wir bieten Ihnen eine transparente und flexible Beitragsordnung, die sich an den Umsätzen Ihres Unternehmens orientiert. So zahlen Sie genau das, was zu Ihnen passt. Starten Sie bereits ab 650 €* im Jahr und profitieren Sie von unserem umfangreichen Leistungspaket inklusive kostenfreier MY·TQ-Partnerschaft! Sollten Sie unterjährig eintreten, wird der Beitrag quartalsweise berechnet.

Jahresumsatz	Jahresbeitrag	Zusatzbeitrag Zweckgemeinschaft
bis 12,50 Mio. €	975 € *	130 €
bis 12,50 Mio. €	1.950€	130 €
bis 25,00 Mio. €	3.900€	260 €
bis 50,00 Mio. €	7.800 €	520 €
bis 75,00 Mio. €	11.700 €	780 €
bis 100,00 Mio. €	15.600 €	1.040 €
über 100,00 Mio. €	23.475 €	1.560 €

* Im Rahmen der Schnuppermitgliedschaft zahlen Mitglieder bis zu einem Jahresumsatz von 12,5 Mio. € im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft nur die Hälfte des Beitrags.

Für die Mitgliedschaft in der MY·TQ-Fachgruppe wird eine einmalige Aufnahmegebühr von 2.000 € erhoben. Für die kostenlose MY·TQ-Partnerschaft gibt es keine Aufnahmegebühr.

Jetzt Mitglied werden und durchstarten!

Nutzen Sie die Chance, sich einem Verband anzuschließen, der Ihre Interessen konsequent vertritt und die berufliche Bildung in Deutschland aktiv mitgestaltet. Werden Sie Teil unserer starken Gemeinschaft und sichern Sie sich Ihren Platz in einem dynamischen Netzwerk.

Mehr Informationen zur Mitgliedschaft und zur Beitragsordnung finden Sie hier:



Mitgliederentwicklung

Der Bildungsverband wächst kontinuierlich weiter. Zum Jahresende 2023 zählte der Verband rund 130 Mitglieder, Ende 2024 waren es bereits 160. Dieser Trend hat sich auch 2025 fortgesetzt: Am 8. September 2025 lag die Mitgliederzahl bei 175, bis einschließlich September sind insgesamt 19 neue Unternehmen dem Verband beigetreten. Diese Entwicklung unterstreicht die Attraktivität des BBB als starke Interessenvertretung der Weiterbildungsbranche.

Das stetige Wachstum zeigt, dass immer mehr Bildungsträger den Mehrwert einer Mitgliedschaft erkennen - sei es durch die politische Interessenvertretung, die fachliche Unterstützung oder die Möglichkeit zur Vernetzung innerhalb der Branche. Der Verband wird damit zunehmend als relevante Plattform wahrgenommen, die die Anliegen ihrer Mitglieder bündelt und wirkungsvoll in Politik und Öffentlichkeit trägt.



ABK Akademie für Beruf & Karriere GmbH

BERGER INSTITUT

Berger Bildungsinstitut GmbH



Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Nieder sachsen, Hannover



Berufsbildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis



Akademie Überlingen Holding GmbH & Co. KG



Berufsfortbildungswerk Gemein nützige



Akademie Klausenhof



Bfz Essen GmbH (Bfz)



A-LEECON GmbH



bia-Akademie GmbH



alfatraining Bildungszentrum GmbH



Bildungskreis Handwerk e.V.



Arbeit & Bildung Essen GmbH



bildungsmarkt e.v



Arbeit und Leben Niedersachsen

Arbeit und Leben Sachsen e.V. Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.



Bildungspark Heilbronn-Franken gGmbH



ASG-Anerkannte Schulgesellschaft Sachsen



Bildungspunkt- Erwachsenenbildung & Coaching GmbH



BBA - Akademie der Immobilienwirtschaft e. V.



Bildungszentrum für Handel, Dienstleistung und Gewerbe e.V.



BBZ Altenkirchen GmbH & Co. KG





brainymotion AG



dandelion Bildung GmbH



B&R Konzept
(läuft unter dem Dach der RSL Akademie GmbH)



DATEY Eyrich GmbH



Business School for Security GmbH



DCI - Digital Career Institute GmbH



BVH Gesellschaft für angewandte Bildung und Sozialforschung mbH



DEB Deutsches Erwachsenen-Bildungswerk, gemeinnützige Schulträger-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (DEB)



BWT - Berufliche Weiterbildung & Training



Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.



BZE Mannheim gGmbH



Deutsch-Türkisches Institut für Arbeit und Bildung e. V.Donner + Partner GmbH



Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V., Ebersbach CJD Qualifizierung, Betreuung und Beschäftigung gGmbH



Deutsche E-Learning Akademie GmbH



cimdata Bildungsakademie GmbH



Distart learn GmbH & Co. KG



Comcave College GmbH



Donner + Partner GmbH



Comhard Gesellschaft für Bildung und Personalentwicklung mbH



ESTA Bildungswerk gGmbH



CRESO Creative Sozialarbeit gemeinnützig GmbH



European Learning Lab



DAA Deutsche Angestellten-Akademie GmbH



EVB Training GmbH



DAA-Stiftung Bildung und Beruf



FARE Fortbildungs-Akademie



FITS job konzepte GmbH



Forum für berufliche Bildung und Qualifizierung – FBQ GmbH



Freiburg International Academy gGmbH



F+U Gemeinnützige Bildungseinrichtung für Fortbildung und Umschulung Sachsen GmbH



future Training & Consulting GmbH



Gemeinnütziger Berufsbildungsverein Guben e.V.



GFBM gGmbH



GFN GmbH



Goldnetz gGmbH

goldnetz.berlin



GPB Gesellschaft für Personalentwicklung und Bildung GmbH



Grone-Bildungszentrum für Qualifizierung und Integration Hamburg GmbH

Grone-Schulen Niedersachsen GmbH Stiftung Grone-Schule

Grone Netzwerk Hamburg GmbH Grone Wirtschaftsakademie GmbH / Hamburg Grone-Bildungszentren Berlin GmbH Grone-Bildungszentren Bremen GmbH Grone-Bildungszentren Hessen GmbH Grone-Bildungszentren Mecklenburg -Vorpommern GmbH Grone-Bildungszentren Nordrhein-Westfalen Rheinland GmbH Grone-Bildungszentren Nordrhein-Westfalen gGmbHGrone-Bildungszentren Sachsen-Anhalt GmbH Grone-Bildungszentren Schleswig-Holstein GmbHGrone-Bildungszentren Thüringen GmbH (in Thüringen und Sachsen)



Handwerksbildungsstätten e.V.



Hochschule der Wirtschaft für Management



IBB Institut für berufliche Bildung AG



I.d.E. - Trainigsinstitut Runne GmbH



ifas GmbH



IFP Gesellschaft für Fortbildung und Personalentwicklung mbH



IMT- International Motivation Training GmbH



inab – Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des bfw mbH



INCAS Training und Projekte GmbH & Co. KG





Internationaler Bund IB Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.

International Motivation Training Deutschland GmbH Internationaler Bund IB Berlin-Brandenburg gGmbH Gesellschaft für Bildung und soziale

Dienste

Internationaler Bund IB Mitte gGmbH für Bildung und soziale

Internationaler Bund IB Südwest

gGmbH für Bildung und soziale Dienste

Internationaler Bund IB West gGmbH für Bildung und soziale Dienste

Internationaler Bund-Gesellschaft für interdisziplinäre Studien gGmbH



itb - Institut für Training und Beratung GmbH



IU Internationale Hochschule GmbH



Jugendbildung Hamburg gGmbH



Jugend in Arbeit gGmbH



Karriere Tutor GmbH



Keepblue GmbH



KG Protektor GmbH & Co



Kiron Open Higher Education gGmbH



CORPORATE Klett Corporate Education Services
EDUCATION GmbH



Kolping Berufsbildung gGmbH Kolping Bildungswerk München und Oberbayern e.V.

Kolping-Berufsbildungs gGmbH Bamberg

Kolping-Berufsbildungswerk Hettstedt gGmbH

Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V.

Kolping-Bildungswerk GmbH Kolping-Bildungswerk Paderborn gGmbH

Kolping-Bildungswerk e.V. Freiburg Kolping-Bildungswerk in der Diözese Regensburg e.V.

Kolping-Bildungszentren Ruhr gem.

Kolping-Bildungszentren Südwestfalen GmbH

Kolping-Bildungszentren Westfalen gem. GmbH

Kolping-Mainfranken GmbH Verband der Kolping-Bildungsunternehmen Deutschland e.V. Kolping-Bildungswerk Aachen gGmbH



Kolping Bildung Deutschland gGmbH





Kolping-Bildungs gGmbH in der Diözese Augsburg



KOM gem. Ges. für berufliche Kompetenzentwicklung mbH



KONZEPT Bildung und Beratung AG



Kötter Akademie GmbH & Co. KG



Learning Digital GmbH



pro.Di GmbH



Lecturio GmbH



QUANTUM Gesellschaft für berufliche Bildung mbH



Lingoda GmbH



quatraCare, Gesundheitsakademie Hamburg gGmbH



MEV Eisenbahn-Verkehrsgesellschaft mbH



Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister e.V.



MeYa GmbH



SBB Stiftung Berufliche Bildung SBB-Kompetenz gGmbH SBB Studienakademie gGmbH



mycareernow GmbH



SBH Nordost GmbH SBH Süd GmbH SBH West GmbH



MySchool Hamburg



SCS Supply Chain Staffing GmbH



OMR Education GmbH



Selma Bildung & Perspektiven GmbH & Co. KG



Paritätisches Bildungswerk Bremen e.V.



SIS Social Impact School UG



Philipp-Pfaff-Institut Fortbildungseinrichtung der Landeszah



si! soziales & innovation gGmbH



Pioneer People GmbH



Sprachraum UG



PLAN B gGmbH



SRH Bildung GmbH



Plus Kompetenzcoaching GmbH



Stackfuel GmbH



SWA - Steuer & Wirtschafts-Akademie GmbH



VHS-Bildungswerk GmbH



TASys GmbH



Vit:bikes Gmbh



Technologiezentrum Glehn GmbH



Wirtschaftsakademie Küster GmbH



TERTIA GmbH



WBS Training AG



Tomorrow Education Group GmbH



Werkstatt im Kreis Unna GmbH



TSA Weiterbildung & Bildungsakademie GmbH



Wildner AG



TÜV Rheinland Akademie GmbH



Wolfsburger Beschäftigungs gGmbH



TWBI Aus- und Weiterbildungs GmbH



ZAW Zentrum für Aus- und Weiterbildung



USS GmbH



Zentrum für Arbeit und Bildung



VDAB Schulungszentrum GmbH



Zentrum Arbeit und Umwelt -Gießener gemeinnützige Berufsbildungsgesellschaft mbH



Verein BAJ e.V.



ZGS Bildungs-GmbH



Verein zur Förderung der beruflichen Bildung an Volkshochschulen - BBV



ZukunftPlus e.V.



VFB – Verein zur Förderung der Berufsbildung e. V.

Impressum

Herausgeber Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V.

Thiemo Fojkar, Vorsitzender des Vorstandes

Petra Densborn, Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes Achim Albrecht, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin E-Mail: bbb@bildungsverband.info

Geschäftsführer: Sören Kosanke (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 30 - 9210 1110 1 Mobil: +49 151 - 18 68 05 58

Mail: soeren.kosanke@bildungsverband.com

Sitz Berlin

Vereinsregister Berlin-Charlottenburg Nr.: VR 30205

Lobbyregister-Nr.: R003333

Redaktion Sören Kosanke, Lina-Marie Gasch, Bettisa Moradkhan, Minju Kim, Dennis Sohner,

Katharina Paff

Gestaltung Minju Kim

Druck WIRmachenDRUCK GmbH

Kontakt

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V. Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin

E-Mail: bbb@bildungsverband.info

